



Bildungswende

S. 4

Die Koalition macht ernst mit der angekündigten Umsteuerung im Bildungswesen. In erster Lesung hat der Landtag das neue Schulgesetz diskutiert: Zugespitzt und engagiert, wie an solchen Wegmarken zu erwarten.

Gentechnik

S. 8

Der Verbraucher soll selbst entscheiden, ob er gentechnisch veränderte Lebensmittel isst oder nicht. Die Koalition will eine saubere Kennzeichnung, aber plant kein allgemeines Verbot der Agro-Gentechnik.

Wasserwirtschaft

S. 12

Gesetze und Programme haben ein Verfallsdatum. Sie gehören nach einiger Zeit auf den Prüfstand. Die Landesregierung tut dies derzeit mit den Vorschriften zur ökologischen und nachhaltigen Wasserwirtschaft.

Umweltschutz

S. 17

Kaum ein anderes Thema hat die gesellschaftliche Debatte und die politische Landschaft so verändert wie der Gedanke an den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen oder der Schöpfung, wie andere sagen.

Printen in allen Variationen – wenn es um Aachen geht, kann allenfalls noch der sagenhafte Karl der Große Paroli bieten. Aber Aachen und die Eifel sind mehr als leckeres Backwerk: Es sind Orte des Sports, der Erholung, der Wissenschaft und Forschung, der Hochleistungsmedizin und mit dem bischöflichen Werk „Misereor“ Zentrale der kirchlichen Entwicklungshilfe. Das alles müsste schon reichen, um aus der Lage am westlichen Rand Deutschlands das Beste zu machen. Aber die Menschen hier tun mehr. Sie kennen ihre Geschichte und haben ihre Lehren daraus gezogen: Nicht Abgrenzung und Isolation, sondern Zusammenarbeit und Partnerschaft über Grenzen hinweg, sind das Motto sozialen, politischen und wirtschaftlichen Handelns (Seiten 9 bis 11).

Kompetenz

schärft den Blick

Zum dritten Mal hat es im Landtag den Tag der Medienkompetenz gegeben. Er ist eine große und bunte Zusammenkunft aller, die sich für Medien interessieren, mediale Inhalte gestalten oder kritisch hinterfragen. Der Tag unterstreicht, wie wichtig der richtige Umgang mit den Medien in unserer Informationsgesellschaft ist. Weil der Medientag auch eine Veranstaltung für junge Menschen ist, die unvoreingenommen und aufgeschlossen auf Neues reagieren, steht im Hintergrund immer der Gedanke an mögliche Gefährdungen. Die sind nur zu erkennen und zu vermeiden durch Medienkompetenzförderung: „Was müssen wir wann können?“ – über diese Frage tauschten sich diesmal Politiker, Jugendliche und Junggebliebene aus (Seite 15).

Aachen und die Eifel – eine Region lebt Europa



Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Gewalt im Klassenzimmer	3
<i>Aktuelle Stunde zu Anspruch und Rolle der Hauptschule</i>	
Förderung und Gerechtigkeit	4
<i>Koalition will an den Schulen die bildungspolitische Wende</i>	
Ein Urteil und seine Folgen	5
<i>Richter ermahnen staatliche Veranstalter zu mehr Suchtbekämpfung</i>	
Doppelstrategie im Jugendmedienschutz	6
<i>Freiwillige Selbstkontrolle und Kompetenzen stärken</i>	
Informationspflicht und Akteneinsicht	7
<i>Opposition will Parlament gegenüber Regierung stärken</i>	
Grüne für Landwirtschaft ohne Gentechnik	8
<i>Koalitionsfraktionen aber schließen generelles Verbot für NRW aus</i>	
Auch Hemingway war schon da	9
<i>Geschichtstrüchtige Landschaft und innovationsfreudige Menschen</i>	
Hier ist Europa Alltag	10-11
<i>Interviews mit Abgeordneten aus der Region Aachen-Eifel</i>	
Abwasserabgabe abschaffen?	12
<i>Sachverständige zu nachhaltiger Wasserwirtschaft angehört</i>	
Abitur in zwölf Jahren	13
<i>Experten äußern sich zur geplanten Oberstufenreform</i>	
Das Land auf dem Weg nach Bologna	14
<i>Neue Abschlüsse verändern die Hochschullandschaft</i>	
Obdachlosenzeitung zu Gast	15
<i>Tag der Medienkompetenz bringt die Beteiligten an einen Tisch</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	16
Die Vision vom blauen Himmel	17
<i>Vor 21 Jahren: Umweltschutz kommt in die Verfassung</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Dr. Wilhelm Droste	19
Auf Knopfdruck abrufbar	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20



Zusammenarbeit über alle Grenzen

Die Reihe der parlamentarischen Abende, bei denen sich im Landtag acht Regionen vorstellen, hat gut begonnen. Erinnern wir uns: Wenn sich Ostwestfalen und Lippe, das Sauerland und Siegerland präsentiert haben und jetzt Aachen und die Eifel dran sind, dann passiert das, um einen Eindruck von der Leistungskraft und den Besonderheiten der jeweiligen Region zu vermitteln. Aber es soll die Aufmerksamkeit auch darauf lenken, was in den 60 Jahren, die das Land Nordrhein-Westfalen jetzt existiert, zwischen Rur und Weser, Ems und Sieg entstanden ist.

Aachen und die Eifel – das ist mehr als Dreiländereck, Karlspreis, Wissenschaft, Prinzen, Karneval, Natur und Landschaft. Das sind die Römer, Karl der Große, die deutschen Kaiser, die hier gekrönt worden sind, das ist die Zeit der französischen Besatzung und die Epoche der frühen Industrialisierung der Eifel.

NEUBEGINN

Aber auch in der jüngsten Geschichte haben Aachen und Eifel ihren Platz: Hier überschritten die alliierten Truppen im Herbst 1944 zum ersten Mal die Grenzen des Reichs. Hier wurde im nahen Hürtgenwald eine der letzten großen und vergeblichen Abwehrschlachten mit vielen Opfern geschlagen. Hier war der Anfang vom Ende des nationalsozialistischen Unrechtsstaates auf deutschem Boden. In Aachen erschien die erste demokratische Zeitung. In dieser Region begann der demokratische Neuanfang, der schließlich zur Gründung des Landes führte.

Heute hat sich vieles entwickelt, aber noch nicht alles zum Guten gewendet. Eine Region arbeitet an ihrem Profil. Im Norden rackert sie sich mit der Bewältigung der Folgen des eingestellten Bergbaus ab. Im Süden putzt sie sich auf dem Areal eines ehemaligen Truppenübungsplatzes mit dem Nationalpark Eifel heraus. Dazwischen der Gürtel wissenschaftlicher Einrichtungen, vom Forschungszentrum in Jülich über die Fachhochschulen zur Technischen Hochschule. Hart an der Grenze zum niederländischen Nachbarn die „Gesundheitsfabrik“, Klinikum mit internationalem Ruf.

Die Grenzen von früher haben für die Menschen diesseits und jenseits ihre Bedeutung verloren. In Vaals wohnen und in Aachen arbeiten – längst ist das Alltag. Politik und Wirtschaft organisieren mit Selbstverständlichkeit Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Belgien und den Niederlanden. Was soll man noch mehr sagen? Aachen und Eifel, das ist Europa auf deutschem Boden.

JK



Konzentrierte und aufmerksame Zeugen der Debatte – junge Menschen auf der Zuschauertribüne

Fotos: Schälte

Gewalt im Klassenzimmer

Aktuelle Stunde zu Anspruch und Rolle der Hauptschule

Der Hilferuf der Berliner Rütli-Schule, der das Thema Gewalt an Schulen in die Diskussion gebracht hat, war Anlass für eine Aktuelle Stunde im Landtag. Auf Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion wurde unter der Überschrift „Perspektiven für alle Schüler schaffen – Hauptschulen stärken“ über die Zukunft der Hauptschulen und die Integrationspolitik gestritten.

Regina van Dinther (CDU) ergriff als erste Rednerin das Wort in der Debatte und bekam viel Applaus für den Satz: „Wir dürfen nicht einstimmen in einen Abgesang auf unsere Hauptschulen. Das haben Lehrerinnen und Lehrer, Schüler und Eltern dieser Schulform schon zu oft erlebt und nicht verdient.“ Wo man in Zukunft noch stärker helfen müsse, solle man das unaufgeregt tun – die Lerngruppen verkleinern, Schulpsychologen und Praktiker in die Hauptschulen schicken, Ganztagsunterricht anbieten und den Kindern mehr Zeit widmen, die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen garantieren. Die Landtagspräsidentin erklärte, ohne großes oder kleines Latinum „bekenkende Hauptschulabsolventin“ zu sein: „Wir leben in einer Zeit, in der – Gott sei Dank, aber auch leider Gottes – alles möglich ist: Sowohl mit Hauptschulabschluss Ingenieurin und

Landtagspräsidentin zu werden, als auch mit Abitur und Studium Taxifahrer.“

Wolfgang Große Brömer (SPD) entgegnete: „Zeiten, in denen heutige Hauptschüler Landtagspräsidenten werden können, scheinen vorbei zu sein.“ Zwar existiere in NRW noch keine Hauptschule wie die Berliner Rütli-Schule, dies sei aber kein Verdienst der Landesregierung, sondern Verdienst engagierter Lehrer, die sich nicht entmutigen ließen. Die Pläne der Landesregierung seien keine Qualitätsoffensive; im Gegenteil, die „bedauerliche Entwicklung der Hauptschule zur Restschule“ werde von der Landesregierung beschleunigt. Man könne der Schulform Hauptschule nicht, wie dies die Koalition tue, die Hauptlast der Integration aufbürden – was sei bei einem Migrantenanteil zwischen 50 und zum Teil 80 Prozent noch überhaupt zu integrieren?

Ralf Witzel (FDP) war anderer Auffassung: „Berlin ist nicht weit weg von Nordrhein-Westfalen.“ Von Rot-Grün sei Schülern zu lange eine Kultur der Beliebigkeit und des Desinteresses vermittelt worden. Anders die Koalition: „Wir geben der Erneuerung der Sekundärtugenden und Werten wieder einen neuen Stellenwert. Wir werden Fehlverhalten und Fehlzeiten wieder in Zeugnissen dokumentieren. Wir werden mit Kopfnoten dokumentieren, dass Leistungsbereitschaft und positives Arbeits- und Sozialverhalten der Gesellschaft nicht länger egal sind.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, kritisierte die Regierungsparteien: „Wer im Kindergarten über 100 Millionen Euro spart, da, wo das Fundament für Bildung gelegt wird, und die Jugendarbeit drastisch reduziert, der sorgt nun wirklich nicht dafür, dass Zustände wie an der Rütli-Schule in NRW verhindert werden.“ Krankheiten bekämpfe ein guter Arzt dadurch, dass er gegen die Ursachen vorgehe und nicht durch Bekämpfung der Symptome: „Dauerhafte Polizeipräsenz an Schulen ist eine Bankrotterklärung.“ Was Integrationsminister Armin Laschet (CDU) heute fordere, sei genau das, was die Grünen seit Jahrzehnten wiederholten: Mehr und frühe Sprachförderung, Dialog mit dem Islam, Vermeidung von Ghettobildung.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) betonte, man wolle „alle mitnehmen“, weil alle gebraucht würden. Daher habe die Landesregierung eine Qualitätsoffensive gestartet, deren zentraler Teil die Umwandlung von Hauptschulen in neue, erweiterte Ganztagschulen sei. Bis 2012 würden 50.000 neue Ganztagsplätze in Haupt- und Förderschulen geschaffen, die Hauptschulen mit 500 zusätzlichen Stellen zur individuellen Förderung ausgestattet und die Voraussetzungen geschaffen, dass Ganztagschulen weitere Professionen in die Schule holen und einbinden könnten. Im Übrigen sei Schule der Ort, wo sich die Probleme zeigten – nicht der Ort, an dem sie entstehen würden und auch nicht der Ort, an dem allein sie zu beseitigen seien. Sie bat die Abgeordneten um Unterstützung: „Mit der überflüssigen Debatte um die Schulstrukturen lähmen Sie den Prozess, der den Schulen jetzt und konkret Hilfen anbietet. Ich bitte Sie vielmehr, mich bei der weiteren Entwicklung und Ausgestaltung der Qualitätsoffensive Hauptschule zu unterstützen.“



Regina van Dinther (CDU)

Wolfgang Große Brömer (SPD)

Ralf Witzel (FDP)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Förderung und Gerechtigkeit

Koalition will an den Schulen die bildungspolitische Wende

In erster Lesung hat der Landtag das Zweite Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes (Gesetzesentwurf der Landesregierung, Drs. 14/1572) beraten und nach heftiger und engagiert geführter Debatte an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung (federführend) überwiesen.



Schulministerin
Barbara Sommer (CDU)

Klaus Kaiser (CDU)

Ute Schäfer (SPD)

Sigrid Beer (GRÜNE)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) begann: „Mit dem Schulgesetz legt die Landesregierung das Fundament für ein neues, modernes, leistungsfähiges und gerechtes Schulsystem.“ Sie versprach: „Wir werden kein Kind mehr zurücklassen, weder leistungsschwächere noch besonders begabte Kinder.“ Das Gesetz fuße auf drei klaren Prinzipien, die die neue Richtung der Bildungspolitik des Landes seien: Mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Eigenverantwortung der Schule, mehr Leistung. Das gegliederte Schulsystem werde durchlässiger. Jedes Kind, jeder Jugendliche habe den Anspruch, nach Maßgabe des Gesetzes gefördert zu werden. Dazu würden die personellen Rahmenbedingungen geschaffen, das sei „kein Lippenbekenntnis“. Die Ministerin: „Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Chancen. Nordrhein-Westfalen ist Zukunft.“

Klaus Kaiser (CDU) bedankte sich: „Dieser Wurf ist gelungen. Herzlichen Dank dafür, Frau Sommer!“ Mit dem Gesetz werde der Schlussstrich unter 39 Jahre sozialdemokratischer Schulpolitik gezogen. Die Bilanz sei katastrophal: Soziale Ungerechtigkeit des Schulsystems und ein Abstiegsplatz im Ländervergleich. Mit dem Gesetz sei die Botschaft verbunden: „Wir stellen das Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen komplett neu auf.“ Man wolle vom Pisa-Verlierer zum Pisa-Gewinner werden. Daran wolle man sich messen lassen, dazu wurden das „modernste Schulgesetz und die modernste Schulverfassung in Deutschland geschaffen“.

Ute Schäfer (SPD) sah die Ministerin im „Korsett der Koalition und des Koalitionsvertrags eingeeignet“. Es gebe keine begabungsgerechte Schule und keine ergebnisoffene Diskussion; mit dem Gesetz werde ein längst überwunden geglaubtes Klassensystem verfestigt – „mit nur einem Gewinner: dem Gymnasium“. Man begeistere sich am angeblich modernsten Schulsystem, aber die Meinungen von Fachleuten, Praktikern und internationale Erfahrungen seien eher lästig. Sonst wäre etwas aus den stattgefundenen Anhörungen in das Gesetz hinein genommen worden. Den kommunalen Partnern werde der Stuhl vor die Tür gesetzt. Die Amtsvorgängerin der jetzigen Schulministerin urteilte: „Dieser Gesetzesentwurf ist ein Griff in die Mottenkiste!“

Sigrid Beer (GRÜNE) fand, das Gesetz fuße „auf einem ständischen Gesellschaftsmodell aus dem vorletzten Jahrhundert“. Das Ganze werde „marktradikal“ eingewickelt, „damit es doch irgendwie ein bisschen neu aussieht“. Mit erhöhtem Selektionsdruck werde die Axt an die Grundschule gelegt, die Schulbezirke würden aufgelöst, die Grundschulempfehlungen erhielten verbindlichen Charakter, mit dem Abkoppeln des Gymnasiums verabschiede sich Schwarz-Gelb von der Durchlässigkeit im System, die Hauptschule bleibe abgehängt. Die Übergangsempfehlung zur Gesamtschule werde gestrichen. Das alles werde aber „den Abgesang auf das gegliederte Schulsystem nicht aufhalten können“.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) jubelte: „Dies ist ein historischer Tag für unser Land, ein bildungspolitischer Befreiungsschlag.“ Jetzt gehe es „mit Siebenmeilenstiefeln“ in eine erfolgreiche Bildungszukunft. Im Zentrum der Reformschritte stehe das Wohl der Kinder und Jugendlichen: „Deshalb schreiben wir erstmals in der Geschichte Nordrhein-Westfalen das Recht auf individuelle schulische Förderung fest.“ Und weiter: „Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Chancengerechtigkeit endlich auch im Bildungsprozess eines jungen Menschen gelebt wird und nicht zu einem Lippenbekenntnis verkommt wie unter Rot-Grün.“

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) hielt Rot-Grün vor, man wolle nichts dazu tun, das Schulsystem durchlässiger zu machen, nur „damit Sie Ihre ideologischen Vorstellungen von den Schulformen durchsetzen können“. Sicher, das neue Schulgesetz sei ein politisches Programm, aber eines, das von mehr Selbstbestimmung, von mehr Leistung und mehr sozialer Gerechtigkeit bestimmt sei. Der Ministerpräsident bestand darauf, dass der Satz von der Versetzung als Regelfall ernst genommen wird. Dieser Satz beinhalte für alle Schulen, besonders aber für die Gymnasien, eine „ungeheure Herausforderung“. Von den Lehrerinnen und Lehrern (Rüttgers: „Ihre Arbeit in dieser Gesellschaft hat unser aller Hochachtung verdient“) werde viel verlangt. Das Gesetz werde nur umgesetzt sein, wenn sie es mittragen. Lehrerinnen und Lehrer bekämen jede Hilfe, „damit am Schluss das gemeinsame Ziel erreicht wird, nämlich eine Schule mit mehr Chancen für alle Kinder.“

Ein Urteil und seine Folgen

Richter ermahnen staatliche Veranstalter zu mehr Suchtbekämpfung

Das staatliche Monopol für Sportwetten ist verfassungswidrig, weil es „eine effektive Suchtbekämpfung nicht sicherstellt“. Das hat jüngst das Bundesverfassungsgericht entschieden. Mit den Auswirkungen dieses Urteils beschäftigte sich auf Antrag der SPD-Fraktion der Landtag in einer Aktuellen Stunde. Gekoppelt war der Antrag mit einem Eilantrag der GRÜNE-Fraktion – Thema: „Wettmonopol des Staates: Der Landesgesetzgeber muss jetzt handeln!“ (Drs. 14/1591). Der Spruch des Gerichts räumt dem Gesetzgeber zwei Möglichkeiten ein, bis Ende 2007 den Bereich der Sportwetten neu zu regeln: Entweder das Wettmonopol so gestalten, dass es der Spielsuchtbekämpfung tatsächlich dient. Oder die Sportwetten für private Anbieter öffnen. Der Antrag, umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Vorgaben des Gerichts erfüllt, wurde von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) nannte das Gerichtsurteil eine „sehr kluge Entscheidung: Nicht Gewinnmaximierung, sondern Durchsetzung des allgemeinen Wohls steht im Vordergrund. Diesen Doppelbeschluss halte ich für richtig.“

Günter Garbrecht (SPD) stellte klar, welche der beiden Möglichkeiten seine Partei vorzieht: „Soll auch hier Privat vor Staat gehen? Wir wollen am staatlichen Wettmonopol festhalten!“ Darüber hinaus dürfe die Landesfachstelle gegen Spielsucht nicht mit anderen Beratungsstellen zusammengelegt werden. Nicht Kürzung der Mittel in diesem Bereich sei richtig, sondern ihr Ausbau.

Christof Rasche (FDP) sagte: „Wenn wir durch unsere Innenstädte gehen, sind die Folgen nicht zu übersehen. Der Sportwettenmarkt ist gegenwärtig von Wildwuchs geprägt.“ Und: „Nach Expertenmeinung steht auch dem kaum

zu kontrollierenden Online-Wettenmarkt ein kräftiges Wachstum bevor. Die Experten erwarten zudem eine zunehmende Abwanderung der Spieler in den ausländischen Graumarkt. Ausländische Internet-Plattformen locken mit deutlich höheren Ausschüttungen – gerade weil sie keine Konzessionsabgabe leisten müssen. Eine Patentlösung gibt es noch nicht und Ihr Eilantrag ist da wenig hilfreich.“

Hans-Willi Körfges (SPD) machte darauf aufmerksam, dass die bayerische Staatsregierung auf das Verfassungsgerichts-Urteil unmittelbar reagiert habe. „Dort werden alle Fälle aufgegriffen, in denen in Wettbüros, Gaststätten, Spielhallen oder sonstigen Einrichtungen die Teilnahme an Sportwetten, die nicht von der staatlichen Lotterieverwaltung veranstaltet werden, angeboten wird. Ein entsprechendes Vorgehen ist in NRW bis jetzt nicht erkennbar.“

Rudolf Henke (CDU) hielt dagegen: „Sofortiges Handeln wäre überstürzt“, meinte er. Die Ministerpräsidenten der Länder hätten eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die der Koordinierung der Bundesländer diene. Eins sei klar: So wie jetzt gehe es nicht weiter.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) kündigte an, er werde zeitnah prüfen, durch welche Maßnahmen die Vorgaben des Urteils umgesetzt werden können. Der Minister weiter: „Die Bezirksregierungen sollen gebeten werden, die Ordnungsverfügungen, deren Vollzug auf Wunsch der Gerichte bisher ausgesetzt war, nunmehr zügig zu vollstrecken und konsequent gegen illegale Veranstaltungen und Vermittlung von Sportwetten vorzugehen.“ Zugleich werde sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass die Einnahmen für die Finanzierung des Sports und anderer öffentlicher Belange aus den Erträgen der staatlichen Oddset-Wetten auf dem aktuellen Niveau erhalten blieben.

Barbara Steffens (GRÜNE) wies darauf hin, dass die Zeit dränge. Denn die Zahl der Glücksspielsüchtigen habe zugenommen und Sportwetten seien eine Einstiegsdroge. „Das liegt auch daran, dass der Einstieg so einfach ist. Schon Jugendliche haben einen immer stärkeren Zugang über Internet und Handy, dem muss schnell etwas entgegengesetzt werden.“

Horst Engel (FDP) mahnte dagegen zur Geldduld: „Ein Parforce-Ritt ist nicht möglich“, meinte er, beruhigte aber seine Vorredner, hier gelte auch für die FDP weniger der Satz „Privat vor Staat“ als vielmehr „Verlässlichkeit vor Belieblichkeit“.

Empfang nach Vereidigung im Landtag



Das Kollegium der soeben vom Landtag gewählten Wahlmitglieder und stellvertretenden Wahlmitglieder des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen: Professor Dr. Barbara Dauner-Lieb (3.v.r.), Professor Dr. Wolfgang Löwer (2.v.r.), Professor Dr. Joachim Wieland (r.) sowie Dr. Jürgen Brand (l.) als Wahlmitglieder. Stellvertretende Wahlmitglieder sind Professor Dr. Winfried Tilmann (2.v.l.), Heinz Wöstmann (4.v.l.), Professor Dr. Christoph Gusy (4.v.r.) und Dr. Thomas Griese (M.). Links neben Landtagspräsidentin Regina van Dinker (5.v.r.) stehen Verfassungsgerichtshofpräsident Dr. Michael Bertrams sowie 1. Vizepräsident Gero Debusmann (5. und 3. v.l.).

Foto: Schälte

Doppelstrategie im Jugendmedienschutz

Freiwillige Selbstkontrolle und Kompetenzen stärken

Begleitend zum Tag der Medienkompetenz im Landtag haben die beiden Koalitionsfraktionen CDU und FDP den Antrag „Initiative Kinder- und Jugendmedienschutz 2006“ (Drs. 14/1548) vorgelegt. Darin fordern sie angesichts der rasanten Entwicklung der medialen Vielfalt die Anpassung der Kinder- und Jugendschutzmechanismen auf die neuen Medien und die Stärkung der Medienkompetenz junger und erwachsener Menschen. Der Antrag wurde einstimmig an den federführenden Generationenausschuss überwiesen.

Thomas Jarzombek (CDU) fand, vor allem im Bereich der Unterhaltungssoftware sei der Akzent auf die Selbstkontrolle durch die Unternehmen und nicht durch den Staat zu setzen. Dabei werde man sich in NRW nicht durch Koalitionsvereinbarungen im Bund oder durch andere Innenminister „kirre“ machen lassen, betonte der Abgeordnete. Diese Selbstkontrolle solle auch für Onlinespiele gelten, also über den Bereich von CD-ROM und DVD-ROM hinaus. Hier rege man an, ebenfalls eine Zertifizierung mit Altersbeschränkungen einzuführen, wie das bei Computerspielen schon der Fall ist. Ein anderer wichtiger Aspekt sei, dass man versuchen müsse, die Eltern „schlau zu machen“. Sie seien ein ganz wichtiger Schlüssel, um die Kinder vor dem „Dreck“ zu schützen, „den es da in den neuen Medien gibt“. Das könne man über Beratungsgutscheine und Informationsveranstaltungen der Volkshochschulen zu erreichen versuchen.

Christian Lindner (FDP) war der Meinung, „dass der rasante technische Fortschritt immer wieder Lücken in den Jugendschutz reißen wird“. Der beste Jugendschutz sei nun einmal, dass Kinder und Jugendliche einen verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Medien erlernen, dass sie über „Gefahren Bescheid wissen und da-

mit umgehen können“. Auch Lindner wies den Eltern eine wichtige Rolle zu. Seien die Hauptverantwortlichen, „alle anderen Akteure können lediglich unterstützend tätig werden“. Bei dieser Aufgabe, die Eltern zu qualifizieren, erwarte man verstärkte Aufklärung durch Handel und Industrie. Beide sollten sich engagiert in die Förderung der Medienkompetenz von Eltern einbringen.

Marc Jan Eumann (SPD) fand das Thema zu wichtig, „um es hier als Objekt für eine parteipolitische Auseinandersetzung zu nutzen“. Die SPD stimme Initiativen zu, „die Kinder und Jugendliche stark machen“. Aber man dürfe jetzt nicht in Aktionismus verfallen, „sondern sehr genau überlegen, was wir an welcher Stelle tun können und welchen gesellschaftlichen Diskurs wir insgesamt brauchen“. Der Ansatz der CDU helfe nicht weiter, der die Notwendigkeit von Medienkompetenz aus dem Defizit von Kinder- und Jugendmedienschutz ableite. Da sei die SPD der Meinung, je kompetenter Menschen im Umgang mit Medien sind, desto erfolgreicher sei die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit kinder- und jugendgefährdenden Inhalten.

Andrea Asch (GRÜNE) regte eine Anhörung zu dem Thema an: So könne man eine Bestandsauf-

nahme dessen gewinnen, was es in NRW bereits an Schutzmaßnahmen gibt. Rückblickend meinte sie, Rot-Grün könne stolz darauf sein: „Wir stehen mit unserem Jugendmedienschutz in Deutschland sehr weit vorne.“ Auch im Vergleich mit dem europäischen Ausland könne man hierzulande auf die weitestgehenden gesetzlichen Regelungen verweisen; mit deren Umsetzung habe man das höchste Jugendschutzniveau erreicht. Auch sie meinte, dass es wichtig ist, die Eltern an ihre Verantwortung zu erinnern. Sie müssen sich dafür interessieren, womit sich ihre Kinder stundenlang beschäftigen und entsprechende Grenzziehungen vornehmen. Man brauche realistische, aber keine populistischen Lösungen, wie etwa ein Handy-Verbot an Schulen.

Familienminister Armin Laschet (CDU) sah Staat, Eltern, Hersteller und Provider in der Pflicht, Kinder vor jugendgefährdenden Inhalten zu schützen. Der Minister erwähnte lobend, „dass das System der unabhängigen Selbstkontrolle in relativ kurzer Zeit stabil geworden ist“. Die Unternehmen, bis 2003 noch Gegner der gesetzlichen Regelung, stünden heute dahinter und verlangten eine Anwendung dieser Selbstkontrolle auch im Bereich des Internets. Aber auch hier: „Kein Schutz wird alle Schlupflöcher schließen können.“ Die Politik könne keine technischen Filter einbauen, die das Herunterladen gewalttätiger oder pornografischer Inhalte verhindere. „Wir können aber eine Aufsicht ausüben und Verstöße gegen den Kinder- und Jugendschutz konsequent ahnden.“ Und man brauche die Partnerschaft mit den Anbietern, damit jugendgefährdende Inhalte erst gar nicht online gingen. Auch müssten die Kompetenzen der Eltern und Kinder entwickelt werden, damit sie mit den Medien verantwortlich umgehen. Wenn man den Jugendschutz so betreibe, darauf wies der Minister eigens hin, dann erhöhe das auch die Kompetenz unseres Landes als Standort gerade für diese Medien. ■



„Selbstbehauptung und Selbstverantwortung“

– unter diesem Leitthema stand der Vortrag, den Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (2.v.r.) über die Perspektiven der Landesregierung in der 14. Wahlperiode gehalten hat. Der Vorsitzende der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Landtags NRW, Dr. Rolf Krumsiek (r.) hatte den Regierungschef zur gut besuchten Jahreshauptversammlung der Vereinigung im Landtag eingeladen. Mit auf dem Bild: Geschäftsführer Horst Sommerfeld (l.) und Herbert Faust (2.v.l.)

Foto: Schälte

Informationspflicht und Akteneinsicht

Opposition will Parlament gegenüber Regierung stärken

In einem gemeinsamen Gesetzentwurf (Drs. 14/1541) wollen SPD und Grüne erreichen, dass das Parlament (und damit auch die jeweilige Opposition) von der Landesregierung besser informiert wird. Das soll durch ein Akteneinsichtsrecht und Zutrittsrecht zu öffentlichen Einrichtungen sowie durch eine verstärkte parlamentarische Mitbestimmung bei Entscheidungen im Bundesrat geschehen. Der Landtag verwies den Entwurf einstimmig zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss.

Wolfram Kuschke (SPD) rekapitulierte die bisherige mehrjährige Diskussion über das Vorhaben, den Unterrichtsanspruch des Parlaments gegenüber der Regierung zu stärken. Ein entsprechender Gesetzentwurf der FDP aus dem Jahr 2003 sei im Hauptausschuss beraten, eine Entscheidung aber angesichts des heranrückenden Landtagswahlkampfes 2005 in die folgende Legislaturperiode vertagt worden. Der Abgeordnete drückte seine Hoffnung aus, dass das Gespräch, das durch die Wahl unterbrochen worden ist, jetzt fortgesetzt werden könne – und dass die Veränderungen, die die Wahl mit sich gebracht habe, keine Auswirkung auf die gemeinsam anerkannte Notwendigkeit einer Regelung haben werde. Kuschke meinte, ein Konsens könne möglich sein, aber „lässt sich dieser Weg nicht ausloten, liegt der Gesetzentwurf so, wie von uns eingebracht, vor“.

Johannes Rimmel (GRÜNE) konnte bei der Koalition den Wunsch nach einer umfassenden Verfassungsrenovierung nicht erkennen: „Deshalb haben wir diesen Sachverhalt ausgekoppelt und gemeinsam mit der SPD in einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung gekleidet.“ Die Abgeordneten des Landtags, fuhr Rimmel fort, hätten gegenüber der Landesregierung heute weniger Rechte als die Bürgerinnen und Bürger. Diese „Schiefelage“ gelte es zu beseitigen. Die Rechtsentwicklung in Deutschland entspreche nicht mehr dem heutigen Zustand, der in NRW gelte: Überall würden die Mauern zwischen Administration und Öffentlichkeit abgebaut, dem Parlament gegenüber würden „von den Bataillonen der Landesregierung und ihrem Beamtenapparat Trennmauern“ hochgezogen. Andere Bundesländer wie Bayern und Rheinland-Pfalz seien da schon weiter.

Peter Biesenbach (CDU) ließ Distanz erkennen: Im Zuge der Föderalismusreform würden sich viele der Fragen überholen, die der Gesetzentwurf anspreche. Die angestrebte Information des Parlaments bei Bundesratssachen würde angesichts der umfangreichen Tagesordnungen dieses Gremiums die Arbeit in Parlament und Hauptausschuss zum Erliegen bringen. Und was nutze ein Akteneinsichtsrecht, wenn die Re-

gierung, wie unter Rot-Grün geschehen, bei einem entsprechenden Ersuchen sage: Vertraulich oder geheim – „solch ein Akteneinsichtsrecht ist untauglich und eine stumpfe Waffe“. Biesenbach stellte im Übrigen fest: „Zur Ehrenrettung der jetzigen Landesregierung sage ich, dass ich nicht den Eindruck habe, dass sie bisher mit Informationen spart.“ Er bot an, eine Vereinbarung zu treffen und darüber zusammen mit der Landesregierung in einer kleinen Arbeitsgruppe zu reden.

Dr. Robert Orth (FDP) zog den Schluss: „In der Opposition besinnt man sich auf seine Rechte.“ In der früheren Regierung hingegen habe sich das Regierungsmittglied Kuschke immer wieder dagegen gesperrt, „dass die guten Vorschläge der FDP wirklich umgesetzt werden“. Unter Hinweis auf die anstehende Föderalismusreform riet er, deren Ergebnisse abzuwarten und sich dann mit der Verfassungsänderung zu beschäftigen; jetzt komme sie „zur Unzeit“. Anstelle einer Verfassungsänderung (Orth: „Etwas für die Ewigkeit“) ziehe er eine Verständigung vor,

„wie weit die Einsichtsrechte des Parlaments in der parlamentarischen Arbeit schon heute ganz konkret beginnen können“.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) erklärte unter Hinweis auf einen von den Grünen schon geäußerten Gedanken einer breiter angelegten Verfassungsreform, es sei nicht „zielführend“, die Verfassung erneut nur stückweise zu ändern. Schließlich gebe es die Absprache, die Föderalismusreform abzuwarten. Der Verfassungsminister stellte die Frage, ob es eines Akteneinsichtsrechts und damit zusätzlicher Ermittlungsrechte wirklich bedürfe, wo es zur Wahrung der Kontrollfunktion des Parlaments schon Untersuchungsausschuss und Petitionsausschuss gebe. Es bestehe jedenfalls die Gefahr, „dass die Fachausschüsse schnell versucht sein werden, sich einem politischen Gegenstand in der Art eines Untersuchungsausschusses zu nähern“. Die Unterrichtung des Parlaments in Angelegenheiten des Bundesrates und die Abgabe einer zu berücksichtigenden Stellungnahme des Landtags „könnten die bundesverfassungsrechtlich nicht eingeschränkte Autonomie und Entscheidungsfreiheit von Mitgliedern der Landesregierung im Bundesrat beeinträchtigen und dem Prinzip der Gewaltentrennung widerstreiten“.



Die Abgeordneten Peter Biesenbach (CDU, l.) und Wolfram Kuschke (SPD, r.) beraten sich während der Verfassungsdebatte

Foto: Schälte

Grüne für Landwirtschaft ohne Gentechnik

Koalitionsfraktionen aber schließen generelles Verbot für NRW aus

Gentechnisch veränderte Pflanzen – Fluch oder Segen des Fortschritts? In dieser Frage herrschte Uneinigkeit im Parlament. Debattiert wurde der Antrag „Keine Agro-Gentechnik in NRW!“ (Drs. 14/1559). Während die Grünen als Antrag stellende Fraktion den Anbau und Verzehr von gentechnisch veränderten Lebensmitteln als unkalkulierbares Risiko ablehnten, hielten die Koalitionsfraktionen und der CDU-Umweltminister diese Sorge für unangebracht. Zur weiteren Beratung wurde der Antrag federführend an den Umweltausschuss überwiesen.

Johannes Rimmel (GRÜNE) warb für Nordrhein-Westfalen als „gentechnikfreier Feinkostladen Europas“. Mehr als 70 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnten hierzulande Gentechnik in Lebensmitteln ab. Doch statt dem Volkswillen zu entsprechen, hielten Minister Uhlenberg und Bundesverbraucherschutzminister Seehofer „in unheiliger Allianz mit dem Bauerverband“ an der grünen Gentechnik fest. Damit mache sich die Landesregierung zum „Handlanger der Konzerne“ und zum „Wegbegleiter dieser Risikotechnologie“. Auch die behauptete Möglichkeit einer ungefährlichen Koexistenz von konventioneller Landwirtschaft und Agrargentechnik sei wissenschaftlich längst widerlegt. Ebenso sei es ein Irrglaube, mit grüner Gentechnik den Hunger in der Welt bekämpfen zu können. Er schloss mit dem Appell an Schwarz-Gelb: „Lassen Sie in NRW die Finger von der Aufweichung des Gentechnikgesetzes!“

Friedhelm Ortgies (CDU) verglich den Antrag der Grünen mit „Horrorszenarien“. Die überwiegend ablehnende Haltung der Verbraucher sei dem Umstand geschuldet, dass es hierzulande bislang keine vorurteilsfreie Aufklärung über mögliche Vor- und Nachteile der Gentechnik gegeben habe. „Als Landwirt glaube ich, dass wir in NRW auch ohne Gentechnik in Zukunft bestehen können, aber als unternehmerisch denkender Landwirt möchte ich mich nicht voreilig der Möglichkeit beschneiden, die die grüne Gentechnik bietet“, sagte Ortgies. Gleichzeitig sprach er sich für eine „klare Kennzeichnungspflicht“ aus: „Der Verbraucher will und muss wissen, was er kauft und was er isst, damit er letztlich selbst entscheiden kann.“ Mit der Verbesserung der Lebensmittelkontrolle habe die Landesregierung jedoch „geeignete Maßnahmen“ für eine größtmögliche Sicherheit und Transparenz getroffen.

Svenja Schulze (SPD) sprach von „sehr großer Verantwortung“, die der Politik bei der Diskussion über Gentechnik zukomme. So müsse beispielsweise sehr genau geprüft werden, ob und inwieweit überhaupt eine risikofreie Koexistenz von gentechnikfreier Lebensmittelpro-

duktion und Genfood gewährleistet werden kann. „Wir müssen klären, ob wir Freilandversuche gestalten können oder ob wir damit etwas anrichten, was wir später nicht mehr zurückholen können“, so Schulze. Die SPD-Fraktion halte daran fest, dass der Schutz von Mensch und Umwelt Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen haben muss und die Wahlmöglichkeit der Verbraucherinnen und Verbraucher zwischen konventionellen und genetisch veränderten Produkten gewahrt bleibt. „Das hat auch etwas mit Demokratie zu tun.“

Holger Ellerbrock (FDP) warf den Grünen vor, „Politik mit der Angst der Menschen“ zu machen, indem sie die positiven Aspekte und Chancen grüner Gentechnik in ihrem Antrag „ganz bewusst“ ausblendeten und sich ausschließlich auf mögliche Risiken konzentrierten. Ellerbrock: „Wogegen wir uns wehren ist der Ansatz, an diese Technik mit Denkverboten heranzugehen, wobei derjenige an den Pranger gestellt wird, der sich über die Ernährungssituation, über die Umweltsituation der Zukunft Gedanken macht und der einen Weg beschreiten will, über den Sie in ideologischer Verklammerung sagen: Darüber wollen wir nicht einmal reden.“ Vor dem Hintergrund der in Deutschland und in NRW geltenden strengen Sicherheitsanforderungen vertrat er die Auffassung: „Gentechnik ist verantwortbar.“

Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg (CDU) hielt nichts von einem generellen Verbot für Agrargentechnik in NRW und sprach sich dafür aus, dass Landwirte zwischen konventionellem, ökologischem und dem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen frei wählen können. Gleiches müsse auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher gelten. Dies werde durch eine „klare und eindeutige Kennzeichnung“ der Lebensmittel gewährleistet, so der Minister. Zudem sei es das ausdrückliche Ziel der Landesregierung, die verantwortungsvolle Forschung auf dem Gebiet der grünen Gentechnik zu unterstützen, um die Innovationsfähigkeit des Landes auszubauen. ■



Fotos: Schälte

Auch Hemingway war schon da

Geschichtsträchtige Landschaft und innovationsfreudige Menschen

Ganz am Rande Nordrhein-Westfalens, sozusagen der westlichste Zipfel des Landes – aber mitten im Herzen Europas. Und das seit weit mehr als tausend Jahren. Schon für Karl den Großen hatte die Region Aachen-Eifel eine ganz besondere Bedeutung. Und selbst wenn Aachen lange nicht mehr Kaiserstadt ist, trifft sich einmal im Jahr hier das „Who is Who“ der Weltpolitik – zur Verleihung des Karlspreises, der seinen Namen dem ersten deutschen Kaiser verdankt.

Foto: Verkehrsverein Bad Aachen

Auch in der jüngeren Vergangenheit lässt sich die politische Lage Europas an Ereignissen in dieser Landschaft spiegeln. Ende 1944 standen sich im Hürtgenwald deutsche und amerikanische Soldaten in einer der verlustreichsten Schlachten des Zweiten Weltkriegs in Westeuropa gegenüber. Ernest Hemingway, der als Kriegsberichterstatte Augenzeuge der Schlacht wurde, wandelte sich hier vom Befürworter zum Kriegsgegner. In „Über den Fluß und in die Wälder“ verarbeitet der Autor seine Erlebnisse: „In Hürtgen gefroren die Toten, und es war so kalt, dass sie mit roten Gesichtern gefroren...“ Auf dem Kriegsgräberfriedhof „Hürtgenwald“ steht auch das einzige Denkmal für einen deutschen Soldaten, das von den ehemaligen Gegnern errichtet wurde: Ein Gedenkstein für den deutschen Leutnant Friedrich Lengfeld, der beim Versuch, einen verletzten amerikanischen Soldaten aus einem Minenfeld zu retten, sein Leben ließ.

Heute sind die Region Aachen und die Eifel – die in NRW und Rheinland-Pfalz liegt – Musterbeispiele einer friedlichen Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Während die grenzüberschreitende Kooperation von Polizei und Justiz ganz aktuell den Düsseldorfer Landtag (Drs. 14/1578) beschäftigt, hat die wirtschaftliche und kommunalpolitische Zusammenarbeit in der Region Maas-Rhein bereits Tradition.

Seit Jahren gibt es enge Kontakte und gemeinsame Projekte zwischen den der Industrie- und Handelskammer Aachen sowie der niederländischen Kamer van Koophandel en Fabrieken voor Zuid-Limburg.

Gemeinsam präsentierte man sich auf der Expo-Real in München, organisiert Business-Clubs, einen Technologietransfer. In Weisweiler bei Aachen wird der Müll aus deutschen und niederländischen Haushalten verbrannt. Das Trinkwasser der Aachener stammt aus Einzugsgebieten in Belgien. Kies und Sand für die Region Limburg und Gelderland kommen aus dem Kreis Kleve, sodass Maßnahmen zu Umweltschutz und Rohstoffsicherung Teil des ständigen zwischenstaatlichen Abstimmungsprozesses sind. Eine Zusammenarbeit, die der Landtag gerade auch beim Naturschutz weiter ausbauen möchte. Zuletzt diskutierten die Landtagsabgeordneten darüber Ende März im Umweltausschuss.

Aachen und Eifel, das ist auch eine Region zwischen Hochtechnologie auf der einen, Tourismus und Naturschutz auf der anderen Seite. Die RWTH Aachen gehört zu den renommiertesten Universitäten im Land, diverse hoch dekorierte Erfinderclubs, das Holzkompetenzzentrum Nettersheim – soweit nur ein paar Beispiele für die Wirtschafts-, Technologie- und Wissenschaftsregion Aachen. Dabei

ist die Region wirtschaftlich alles andere als homogen. So lagen die Arbeitslosenzahlen im März im Schnitt bei 13,7 Prozent, differierten aber von 7,6 Punkten in Monschau bis zu 16,6 in Stolberg.

Knapp zwei Millionen Menschen lassen sich Jahr für Jahr von den Attraktionen in die Gesamtregion Eifel locken. Und auch wenn es viele von ihnen in den rheinland-pfälzischen Teil der Region zieht, gehören die Kunstschatze der Abtei Kornelimünster, der Aachener Dom und die Stauseen in der Eifel zu den Höhepunkten des touristischen Angebotes. Seit diesem Jahr ist die Region um eine Attraktion reicher: Auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Vogelsang stehen mehr als 50 Kilometer Wanderwege zur Verfügung. Geplant sind eine Plattform zur Wildbeobachtung, Gastronomie, Jugendzentrum und regelmäßige Ausstellungen. Der Nationalpark Eifel ist der einzige seiner Art in NRW.

Einen einzigartigen Ruf genießt Aachen auch bei Pferdesportfreunden: Das CHIO ist eine feste Größe, in diesem Jahr richtet man darüber hinaus auch die Weltreiterspiele aus. Und seit kurzem ist man in Sachen Fußball wieder in der ersten Bundesliga. Das Team von Alemannia Aachen gibt sich im Jahr der Fußball-WM, unterstützt von den vielen treuen Fans, jedenfalls alle Mühe, den Klassenerhalt zu sichern. *volk*

Hier ist Europa Alltag

Interviews mit Abgeordneten aus der Region Aachen-Eifel

Kaum eine andere Region in Nordrhein-Westfalen gestaltet sich gegensätzlicher als die Region Aachen-Eifel: Hier der Großraum Aachen – das Vorzeigezentrum in puncto Wissenschaft, Forschung und Innovation im Land; dort die Eifel – eine landschaftlich überaus reizvolle und touristisch erschlossene, ansonsten aber eher strukturschwache Region. Doch wie heißt es im Volksmund: Gegensätze ziehen sich an. Inwiefern dies auch im Fall der Region Aachen-Eifel zutreffend ist, darüber sprach „Landtag intern“ mit vier Landtagsabgeordneten, die im Bereich Aachen-Eifel ihre Wahlkreisbüros haben: Axel Wirtz (CDU), Karl Schultheis (SPD), Reiner Priggen (GRÜNE) und Dr. Ingo Wolf (FDP).

Was macht Aachen zum Symbol für die „Vision Europa“? Welchen Nutzen kann man andernorts aus dem Vorbild Aachen ziehen?

Wirtz: Die grenzüberschreitende Arbeit in Aachen gelingt ganz besonders gut. Dabei spielen natürlich auch die Hochschule und die Innovation, die von der Hochschule ausgeht, eine gewichtige Rolle.

Es gibt intensive Kooperationen, die die Stadt und der Kreis Aachen mit



Axel Wirtz (CDU)

dem deutschsprachigen ostbelgischen Bereich sowie mit den Niederlanden pflegen. Exemplarisch möchte ich auf die enge Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern sowie in Fragen des grenzüberschreitenden Verkehrs hinweisen. Ein weiteres wichtiges Projekt für eine intensivere Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn ist die EuRegionale 2008, eine Entwicklungsinitiative in der Dreiländer-Region. Dabei geht es nicht um den Bau von „Olympischen Dörfern“. Die hierfür bereit gestell-

ten Mittel fließen in nachhaltige Projekte, die mit der Folgelandschaft des Bergbaus, mit der Hochschule sowie mit Aachen als Standort für Kunst und Kultur zu tun haben.

Schultheis: Geschichtlich gesehen ist Aachen als Schnittstelle zu Westeuropa immer von großer Bedeutung gewesen. Allein die Nachbarschaft zu den Niederlanden und Belgien hat das Europabewusstsein der Aachener Bevölkerung stärker ausgeprägt als anderswo. Ein Beispiel hierfür ist der 1950 in Aachen ins Leben gerufene Internationale Karlspreis, der an Persönlichkeiten vergeben wird, die sich in besonderer Weise um Europa verdient gemacht haben. Insoweit kommt der Region Aachen eine Vorbildfunktion zu, wenn es darum geht, wie sich der europäische Alltag organisieren lässt: Dabei geht es nicht nur um die großen politischen Ideen und Konzepte, die Europa zusammenführen sollen, sondern vielmehr darum, im alltäglichen, Ländergrenzen überschreitenden Miteinander Europa erfahrbar zu machen.

Priggen: Die hervorragende internationale Lage macht Aachen zu einem Symbol für den Europagedanken. Ich selbst bin gebürtiger Emsländer, bin in Münster zur Schule gegangen, habe in Aachen studiert und in Ostwestfalen gearbeitet, bevor ich wieder nach Aachen zurückgekehrt bin. Ich habe also viele verschiedene Landesteile kennen gelernt. Aachen bietet das einmalige Lebensgefühl, von meinem Zuhause aus in drei Minuten in Belgien, in fünf Minuten in Holland, und mit dem Zug in drei Stunden in Paris zu sein. Aachen ist insgesamt eine sehr aufgeschlossene Stadt. Durch die geografische Lage im Dreiländereck lässt sich die Besonderheit Aachens natürlich nicht einfach auf ande-

re Regionen im Land übertragen. Darum geht es aber auch nicht. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass die Besonderheiten jeder einzelnen Region herausgestellt und als Teil des gesamten Landes NRW nach außen transportiert werden.

Dr. Wolf: Die Euregio Maas-Rhein ist in der Tat vorbildlich für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Im Aachener Dreiländereck werden viele Themen behandelt: Innovation, Wirtschaft und Berufsförderung; gleichzeitig sorgt man auch für soziale Begegnungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern. Hier sollten wir anknüpfen und die Grundsätze weiter ausbauen: Der Euro-Distrikt könnte ein Modell für ein neues Forum der Zusammenarbeit zwischen Nationalstaaten sein.

Nach vier Jahrzehnten spielen Aachens Fußballer wieder in der ersten Bundesliga. Sind Wissenschaft, Forschung und Innovation im Raum Aachen ebenso erstklassig?

Wirtz: Es ist wohl unbestritten, dass von der Hochschule Aachen ausgehend der Bereich der Wissenschaft



Karl Schultheis (SPD)

und der Innovation europaweit eine herausragende Position einnimmt. Das beweisen auch zahlreiche internationale Hochschul-Rankings. Insbesondere in den Bereichen Naturwissenschaften, Medizin und Ingenieurwesen zählen die Absolventen der RWTH zur deutschen Elite. Erfreulicherweise haben sich in der Vergangenheit immer mehr Firmen aus dem Technologiebereich in und um die Region Aachen angesiedelt – eine Entwicklung, die insbesondere

im Hinblick auf den Niedergang des Bergbaus im Nordkreis Aachen wichtig ist. Insofern steht die Region Aachen als Forschungs- und Innovationsstandort sicherlich ebenso erstklassig da, wie unsere Alemannia, die nach 36 Jahren endlich wieder den Aufstieg in die erste Fußballbundesliga geschafft hat.

Schultheis: Die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Innovation sind im nationalen wie internationalen Vergleich auf sehr hohem Niveau. Wir haben mit der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer AGIT gute Erfahrungen gemacht bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Die RWTH Aachen ist eine herausragende Bildungs- und Forschungsstätte, die Kontakte zu Unternehmen in ganz Deutschland, Europa sowie im nichteuropäischen Ausland unterhält. Erst seit Beginn der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts sind wir jedoch auch verstärkt dazu übergegangen, das, was vor Ort erforscht und entwickelt wird, auch vor Ort wirtschaftlich zu nutzen. Mittlerweile hat unter Mitwirkung der RWTH, der Fachhochschule Aachen sowie des Forschungszentrums Jülich ein Strukturwandel stattgefunden, aus dem heraus tausende neuer Arbeitsplätze in der Region entstanden sind. In Zukunft wird es vor allem darum gehen, diese positive Entwicklung auch auf die Euregio Maas-Rhein zu übertragen.

Priggen: Es ist wohl unbestritten, dass die RWTH Aachen, die Fachhochschule und das Forschungszentrum Jülich in den genannten Bereichen eine Spitzenposition einnehmen. Leider haben Nordrhein-Westfalen und die Stadt bisher zu wenig mit Aachen als international exzellen-



Reiner Priggen (GRÜNE)

ten Studienort geworben. Hier besteht Nachholbedarf. Dafür müssten die Hochschule und die Stadt künftig noch enger zusammenarbeiten. Der jetzige Rektor der Hochschule hat das offensichtlich erkannt und befindet sich hier auf einem guten Weg.

Dr. Wolf: Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen spielt schon viel länger auf internationalem Spitzenniveau. Bei der Exzellenzinitiative hat sie hervorragend abgeschnitten. In fast allen Hochschul-Rankings belegt sie einen Spitzenplatz. Das spiegelt sich auch in der Region Aachen wider, die über eine starke Mittelstands-Wirtschaft verfügt und damit eng in einem starken Nordrhein-Westfalen eingebunden ist. Ein weiteres Beispiel für die Innovationskraft ist auch das Forschungszentrum in Jülich. Im internationalen Standortwettbewerb hat sich Aachen jedenfalls durchgesetzt: EON wird demnächst sein neues Energy-Institut mit der RWTH Aachen verwirklichen.

Der neue „Nationalpark Eifel“ hat zu einem Entwicklungsschub in der Tourismusbranche geführt. Profitiert davon die gesamte Region oder vornehmlich die Nordeifel?

Wirtz: Den Nationalpark darf man nicht isoliert betrachten. Auch die umliegenden Städte und Gemeinden wie zum Beispiel Schleiden, Simmerath, Monschau sowie der Kreis Euskirchen profitieren von dem Entwicklungsschub durch den bislang einzigen Nationalpark in NRW. Man spürt, dass wir schon wenige Monate nach Eröffnung des Parks einen enormen Touristenzulauf aus den Niederlanden und Belgien haben. Um diesen Trend entsprechend fördern zu können, hoffen wir natürlich weiterhin auf Unterstützung des Landes für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Schultheis: Bei der touristischen Vermarktung spielt der Nationalpark Eifel zweifellos eine wichtige Rolle, um in der gesamten Region neue Potenziale zu erschließen und neue Zielgruppen anzusprechen. Insofern binden sich hier die ökonomischen Interessen der gesamten Eifel. Was den Nationalpark betrifft, so gibt es auch

hier noch unbeantwortete Fragen – beispielsweise die der Nutzung der Nazi-Ordensburg Vogelsang. So muss durch Bildung, Aufklärung und eine zukunftsorientierte Nutzungskonzeption verhindert werden, dass Rechtsextreme die Burg als „Pilgerstätte“ missbrauchen.



Dr. Ingo Wolf (FDP)

Priggen: Der Nationalpark ist eindeutig ein Werbeträger für die gesamte Eifelregion. Wir haben daher auch bewusst den Namen Nationalpark Eifel gewählt. Trotz einiger noch nicht endgültig gekläarter Detailfragen ist die Entstehungsgeschichte des Nationalparks Eifel eine Erfolgsstory. Eine Perspektive für die Zukunft ist die Ausweitung des Nationalparks auf das angrenzende belgische Gebiet und die Fortentwicklung zu einem grenzüberschreitenden Nationalpark Eifel-Ardennen. Das wäre ein echtes Prunkstück! Hier können wir von den Bayern lernen, die eng mit Tschechien zusammengearbeitet haben und deren Nationalpark Bayerischer Wald unmittelbar an den Nationalpark Šumava auf tschechischem Gebiet grenzt.

Dr. Wolf: Ich glaube, dass auch die übrige Eifel von dem Entwicklungsschub profitieren wird. Wen der neue Nationalpark anzieht, den wird auch die landschaftlich reizvolle Umgebung mit ihren touristischen Attraktionen nicht unbeberührt lassen.

Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.

Abwasserabgabe abschaffen?

Sachverständige zu nachhaltiger Wasserwirtschaft angehört

Regierungshandeln auf dem Prüfstand: Experten machten im Umweltausschuss ihre Meinung zum geplanten neuen Investitionsprogramm deutlich

Foto: Schälte

Die „Initiative ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft in Nordrhein-Westfalen“ ist zum Ende des Jahres 2005 ausgelaufen. Die Landesregierung beabsichtigt, ein neues Förderprogramm unter dem Arbeitstitel „Investitionsprogramm Abwasser NRW“ aufzulegen. Der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) fragte in einer öffentlichen Anhörung fast 20 Sachverständige, wo sie Handlungsbedarf sehen. Zwei Themen zogen sich wie ein roter Faden durch die Stellungnahmen der Experten: die Regenwasserbehandlung und die Membrantechnologie.

Beim Thema Membrantechnologie (Abwasserreinigung durch feine Filter aus hohlen Fasern) waren sich die Sachverständigen weitgehend einig, dass es zwar sinnvolle Einsatzbereiche für die neue Technologie gebe, sie aber flächendeckend einzusetzen nicht sinnvoll sei – aus Kostengründen. „Diese Technologie, wenn sie Standard wird, wird zu erheblichen Gebührensteigerungen führen“, so Johannes Niggemeier vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU). Selbst die Umweltverbände fanden, Membrantechnologie als Standard durchzusetzen, ginge zu weit.

Beim Thema Regenwasser sahen nahezu alle Experten dringenden Handlungsbedarf.

Dr. Peter Queitsch vom Städte- und Gemeindebund NRW forderte, „Niederschlagswasser-Beseitigungskonzepte“ müssten besonders gefördert werden. Auch Professor Dr. Friedhelm Sieker von der Ingenieurgesellschaft Sieker in Hoppegarten bezeichnete abfließendes Regenwasser als künftiges Hauptproblem, insbesondere die Verschmutzung des von Verkehrsflächen abfließenden Wassers und die Menge der von Siedlungsflächen abfließenden Niederschläge. Ein weiterer Ausbau von Rückhaltebecken sei aber unsinnig. „Regenwasser von Dachflächen und anderen gering verschmutzten Flächen wird über große Strecken und teure Bauwerke in die Gewässer abgeleitet – dabei

ist es unsinnig, dieses Regenwasser überhaupt in die Kläranlage zu bringen.“

Man habe gute Erfahrungen gemacht mit Entsiegelung und Versickerung auf privaten Grundstücken, sagte Otto Schaaf vom Städtetag NRW aus Köln und plädierte für eine weitere Förderung der Versickerung. Allerdings müsse die Verwaltung des betreffenden Förderprogramms vereinfacht werden: weniger Bürokratie durch weniger Instanzen.

Paul Kröfges gab eine gemeinsame Erklärung für die drei Naturschutzverbände BUND, NABU und LNU ab. Die Gewässerqualität sei alles andere als ok, sagte er, zwei Drittel der Gewässer seien von einer guten Qualität noch weit entfernt. Er kritisierte eine „zu technische Ausrichtung“ des Programms und forderte, wie schon sein Vorredner vom Städtetag, Entsiegelung, Versickerung, Dachbegrünung und Regenwassernutzung müssten weiter gefördert werden.

Rechtsanwalt Lutz Pollmann (Baugewerbliche Verbände, Düsseldorf) begrüßte vor allem, dass die Sanierung maroder Kanäle vorangetrieben werde. Der Schwellenwert für die Förderung sei jedoch zu hoch. Dr. Peter Jahns (Effizienz-Agentur NRW, Duisburg) sprach von einer dynamischen Entwicklung der Antragseingänge. In den letzten fünf Jahren seien durch die NRW.BANK mehr als 200 Projekte gefördert worden. Banken müssten aber über Förderbereiche noch mehr informieren und für sie sensibilisieren.

Bei der Frage nach dem Sinn des 30 Jahre alten Abwasserabgabengesetzes gingen die Meinungen auseinander. Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall aus Hennef plädierte dafür, das Abwasserabgaberecht grundlegend zu reformieren. Dr. Frank-Andreas Schendel: „Eine Reform muss zu einer Vereinfachung durch Bürokratieabbau und Effizienzsteigerung führen. So wie es heute ist, macht es keinen Sinn mehr.“ Das Thema sei nicht „abschaffen oder fortführen“, sondern „verändern und vereinfachen“.

Weniger dramatisch sah das Professor Dr. Johannes Pinnekamp vom Institut für Siedlungswasserwirtschaft der RWTH Aachen. Er rechnete vor, dass die Belastung der Gebührenzahler durch die Abwasserabgabe verschwindend gering sei. Die jährliche Belastung eines Einwohners habe 2003 nach Gebührenumfragen rund 124 Euro betragen. Nur drei Prozent, also 3,72 Euro, mache die Abwasserabgabe aus, die jedoch direkt oder indirekt an den Gebührenzahler zurückfließe. Der Verwaltungsanteil betrage lediglich 17 Cent.

Trotzdem forderte Wolfgang Willmann von der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer aus Hagen: „Das Abwasserabgabengesetz hat seinen Zweck erfüllt. Jetzt sollte man den Mut haben, die Abgabe abzuschaffen. Wir sehen keinen Grund für die Beibehaltung.“ **DD**

Abitur in zwölf Jahren

Experten äußern sich zur geplanten Oberstufenreform

In kürzerer Zeit zu einer besseren Allgemeinbildung, einer höheren Studierfähigkeit, mehr und bessere Abiturienten für NRW – ein ehrgeiziger Anspruch, den die Koalition da formuliert hat und Schulministerin Barbara Sommer (CDU) mit der Reform der Oberstufe im Schulgesetz umsetzen will. Wieder einmal sorgte die Neuauflage des Schulgesetzes bei Politikern und Experten im Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) für heftige Diskussionen.

Entscheidend weiter gekommen war man am Ende der Expertenanhörung nicht. Paritätisch hatten sich die Fachleute auf Seiten von Befürwortern und Gegnern des Regierungsentwurfes versammelt – den Politikern allerdings auch den ein oder anderen Hinweis mit auf den Weg gegeben.

Insbesondere die Durchlässigkeit zwischen den Schultypen – eigentlich auch ein Anliegen des neuen Schulgesetzes – bereitete den Gegnern der geplanten Oberstufenreform Sorgen. Allein die Einführung einer zweiten Fremdsprache ab Klasse 6 sowie die Ausweitung der Stundentafel am Gymnasium, so der Landesvorsitzende der GEW, Andreas Meyer-Lauber, stünden dem entgegen. Ganz abgesehen von der hohen Belastung, die bei 34 Wochenstunden auf die Kinder zukomme. In Baden-Württemberg habe man die Stundenzahl nach Elternprotesten bereits wieder reduziert. Und in der Oberstufe verschlechterte die Neuregelung schon zeitlich die Chance auf intensive fachliche Ausbildung. So würden statt bisher sechs Stunden in den Leistungskursen künftig pro Woche nur noch fünf gelehrt.

„De facto ist ein Übergang von der Hauptschule aufs Gymnasium nur noch nach Klasse 5 möglich“, sagte Udo Beckmann vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) und plädierte für eine gleichlange Lernzeit und bessere Abstimmung der Stundentafeln in der Sekundarstufe I. Wenn die 10 am Gymnasium bereits Vorbereitung auf die Oberstufe sei, benachteilige das außerdem die Gymnasiasten, die dort ihren mittleren Bildungsabschluss machen wollen.

Für „ganz andere Lernmodelle“, Facharbeiten, ernsthafte fächerübergreifende Projekte, hin zu mehr Selbstständigkeit, zum Lernen lernen und mehr „Mut zur Heterogenität“, argumentierten Dr. Hans Kroeger vom Oberstufenkolleg in Bielefeld und Dagmar Naegele von der Kölner Europaschule. Sie forderte die Möglichkeit, Oberstufen bereits mit 25 statt 42 Schülern einrichten zu können und warnte vor kleinteiligen Vorschriften in Stundentafeln.

Argumente, die auch bei der Landesschülerinnenvertretung auf offene Ohren stießen. Sara Loetz vermisste vor allem eine Erziehung zur fundierten Kritik, mehr Wertschätzung

von Geschichte, Politik etc. Ihre Prognose: „Bei gestiegenem Leistungsdruck werden weniger junge Menschen Abitur machen.“ „Wir haben keine Eile“, redete auch Jürgen Nimtsch von der integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel dem Abitur nach 13 Schuljahren das Wort. 13 oder 12, im Zweifel wollte er diese Entscheidung jedoch der einzelnen Schule überlassen. In zentralen Prüfungen könne man doch feststellen, wie gut die einzelne Schule ihre Schüler individuell fördere.

Als „Befreiungsschlag und Stärkung der Gymnasien“ empfand der Vorsitzende der Rheinischen Direktorenvereinigung, Oberstudiendirektor Hans Peters, den Gesetzentwurf. Das Mehr an Unterrichtsstunden werde man für Förderkonzepte nutzen, für die bisher zu wenig Zeit gewesen sei. „Mit diesem Schritt werden nun ganz sicher auch die Gymnasien zu Ganztagschulen“, stellte er fest und prognostizierte der Schulform weitgehende Veränderungen.

Eine Entwicklung, die auch bei Gabriela Custodis von der Landeselternschaft der Gymnasien offene Ohren fand. Man müsse

auf die Universitäten hören, die den Schülern ordentliches Fachwissen, aber eine zu geringe Grundbildung bescheinigen. Die Durchlässigkeit nach Stufe 10 sei garantiert, so Peter Silbernagel vom Philologenverband, der lediglich Detailkritik an drei verbindlich festgelegten schriftlichen Abiturfächern übte. Zwei seien da ausreichend.

„Diese Reform nimmt Humboldt ernst“, zeigte sich der Leiter des Gymnasiums Wesseling, Dr. Hans Dierkes, angetan von einer „neuen Prüfungs-, Anstrengungs- und Achtungskultur“. Sechs Stunden Leistungskurs in der Vergangenheit seien für eine Exzellenzförderung auch nicht ausreichend, drei Stunden Grundkurs für die Grundbildung in jedem Falle viel zu wenig gewesen. Er freute sich über die neue Aufteilung fünf zu vier Stunden. Die Korrektur des Referentenentwurfes mit Blick auf eine größere Bedeutung der Berufskollegs begrüßte Elke Vormfenne vom Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen. Regine Schwarzhoff forderte für den Elternverein NRW Konsequenz ein: „Wenn Gymnasiasten in fünf Jahren mehr lernen als andere in sechs, sollten sie auch nach Klasse 9 den entsprechenden Abschluss bekommen.“ Ansonsten, so Schwarzhoff, habe man angesichts des internationalen Wettbewerbes überhaupt keine Alternative zum Abitur nach zwölf Jahren.

vk

Meinungen haben auch ihre Namen – hier die Schilder für die Plätze der Sachverständigen zur Oberstufenreform



Foto: Schälte

Das Land auf dem Weg nach Bologna

Neue Abschlüsse verändern die Hochschullandschaft

Flächendeckend auf Bachelor und Master umgestellt wird das Studienangebot an den Hochschulen in NRW bis zum Wintersemester 2007/2008. Das sieht das Hochschulreformweiterentwicklungsgesetz vor. Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, die Umstellung voran zu treiben. Der Antrag „Den Bologna-Prozess für NRW weiter erfolgreich gestalten“ (Drs. 14/468) bildete die Grundlage zu einer Expertenanhörung im Ausschuss für Innovation, Forschung, Wissenschaft und Technologie (Vorsitz Dr. Michael Vesper, GRÜNE).

Bologna-Prozess genannt wird die Reform im Rückgriff auf die 1999 von allen EU-Bildungsministern in Bologna unterzeichnete Erklärung zur Schaffung eines europäischen Hochschulraums bis zum Jahr 2010. Erreicht werden soll das mit der Umstellung der traditionellen Diplom- und Magisterstudiengänge auf ein zweistufiges System. Fit für den Arbeitsmarkt soll der Bachelor (B.A.) machen – ein sechssemestriger Kurzstudiengang, in dem der Fokus vor allem auf Praxisbezug liegt. Raum zur wissenschaftlichen Spezialisierung gibt der darauf aufbauende Masterstudiengang (M.A.), der Voraussetzung für die Promotion ist.

„Bologna läuft in NRW“, meinte der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz der Universitäten, Professor Volker Ronge, eher resigniert als enthusiastisch. Seine Skepsis erläuterte er mit einer Aufzählung von Nachteilen. „Bologna verändert grundlegend den Charakter der Universität, indem der Schwerpunkt auf die Berufsausbildung gelegt und das gesamte System stark verschult wird. Es ist der falsche Weg, wenn staatliche Bürokratie bis ins Studium vordringt“, kritisierte er die teils komplexen Regularien, die den Freiraum der Studierenden auf dem Weg zum Bachelor-Abschluss stark einschränken.

Warnen wollte Ronge vor allem vor einer eben solchen Verschulung der Doktorandenausbildung, die Teil drei des Baukastensystems bilden soll. „Wir Rektoren wehren uns dagegen aufs Heftigste. Eine Veränderung der Doktorandenausbildung ist vor allem verheerend für die Wirtschaft, die vom Transferwissen aus den Dissertationen profitiert.“

Deutlich positiver sah das Professor Joachim Metzner als Vertreter der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen. Metzner warb für das „hochwertige und vielseitige Angebot von Bachelor und Masterstudiengängen“, das die Fachhochschulen in NRW bereits anbieten könnten und wünschte sich mehr Unterstützung durch die Politik. Dringend bedürfe es vor allem Schnittstellen zwischen der akademischen und beruflichen Ausbildung, damit ein IHK-geprüfter Fachwirt leichter Zugang zur Hochschule finde.

Problematisch seien auch die quotierten Übergänge zwischen Bachelor und Master, fand Daniel Houben von der Landesarbeitsgemeinschaft der Studenten-Ausschüsse. „Die Quoten nehmen vielen Studierenden die Möglichkeit zu einer wissenschaftlichen Weiterbildung“, prangerte er an. „Der B.A. darf auf keinen Fall

zum politisch gewollten Regelabschluss werden.“ Für Schwierigkeiten im Alltag der B.A.- und M.A.-Aspiranten Sorge weiterhin das auf ein Vollzeit-Studium ausgelegte Konzept. „Die sozio-ökonomische Lage verpflichtet viele zum Nebenjob. Das geht aber neben dem Bachelor nicht so leicht.“ Der Zwang zum Abschluss nach sechs Semestern lasse zu wenig Raum für individuelle Lebensgestaltung.

Uneingeschränkt begrüßt wurde der Bologna-Prozess von Bettina Jorzik, Programm-Managerin beim „Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft“. Um B.A. und M.A. zu stärken, forderte sie die schnellstmögliche Abschaffung der althergebrachten Diplom- und Magisterabschlüsse. „An jeder dritten Hochschule besteht noch ein paralleles Angebot.“ Das verunsichere die Studierenden und schwäche die Akzeptanz der neuen Studiengänge: „Das darf nicht sein.“ Stattdessen solle man auch die mit anderen Studiengängen stark verflochtene Lehrerausbildung auf ein zweistufiges System umstellen. „Der Bachelor könnte die fachlichen Inhalte vermitteln, während der Master den Schwerpunkt auf die pädagogische Kompetenz legt“, schlug Jorzik vor.

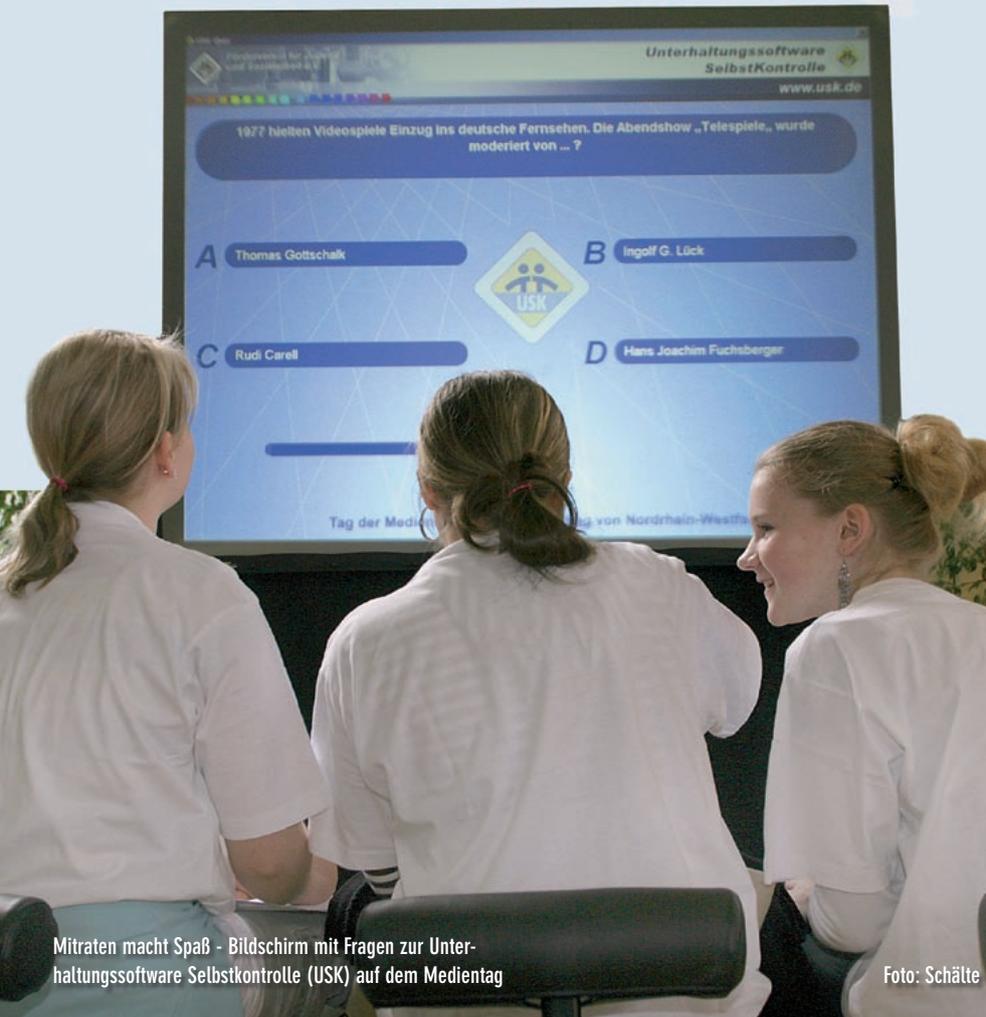
Angekommen ist Bologna mittlerweile auch auf dem Arbeitsmarkt. Bernhard Keller, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände, wusste nur von 5,6 Prozent der Unternehmen, die den Prozess negativ sähen. „Die Übergangsquote in den Beruf ist hoch und wird noch zunehmen, wenn das B.A.-Profil weiter an Bekanntheit gewinnt“, war er sich sicher. Nicht bestätigen konnte er, dass es im Arbeitgeberlager Befürchtungen über einen eventuellen Niedergang des Technikstandorts Deutschlands gebe. YV



Der erste Schritt ist getan ...

... die Volksinitiative „Kinder- und Jugendförderung“ hat dem Landtag über 100.000 Unterschriften übergeben - erforderlich sind für ein Zustandekommen derzeit 66.000 bestätigte Unterschriften. Damit hat die Volksinitiative die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Unterstützern gefunden. Jetzt wird sich der Landtag mit dem Anliegen befassen, die gesetzlichen Voraussetzungen überprüfen, die Vertrauenspersonen - auf dem Bild Martin Wonik (r.) und sein Stellvertreter Wilhelm Müller (l.) - anhören und sich abschließend mit dem Gegenstand der Volksinitiative befassen. Zwei Ordner mit Unterschriften nahm die Spitze der Volksvertretung entgegen: Landtagspräsidentin Regina van Dinker (2.v.r.) und Landtagsvizepräsident Edgar Moron (2.v.l.)

Foto: Schälte



Mitraten macht Spaß - Bildschirm mit Fragen zur Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) auf dem Medientag

Foto: Schälte

Obdachlosenzeitung zu Gast

Tag der Medienkompetenz bringt die Beteiligten an einen Tisch

„Die Not nimmt zu. Das soziale Netz wird immer schwächer, wodurch mehr Menschen auf der Straße enden“, meinte der Franziskaner Bruder Matthäus Werner. Der Ordensgeistliche sieht dies tagtäglich. Seit 1995 ist er Schirmherr des Düsseldorfer Obdachlosenmagazins *fiftyfifty*. In diesem Jahr war die Zeitung erstmals eingeladen, sich bei der Ausstellung zum Tag der Medienkompetenz im Landtag zu präsentieren. Er fand Anfang vergangenen Monats zum dritten Mal statt und stand unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Regina van Dinker und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers.

Vor Jahren recherchierte der Journalist Hubert Ostendorf über die karitative Arbeit der Düsseldorfer Franziskaner und traf dabei auf Bruder Matthäus. Schnell waren sich die beiden darüber einig, was in der Landeshauptstadt fehlt, nämlich ein Magazin von Wohnungslosen, die mit dem Vertrieb sogar etwas Geld verdienen können. Heute blicken die Initiatoren als Schirmherr und Chefredakteur von *fiftyfifty* auf elf erfolgreiche Jahre zurück. Der Name ist Programm. Die Hälfte der 1,50 Euro Verkaufskosten behält der obdachlose Verkäufer, der Rest deckt die Kosten von Redaktion und Druck. „Als erstes deutsches Obdach-

losenmagazin schreiben wir schwarze Zahlen“, erklärt Chefredakteur Ostendorf stolz.

Der Überschuss wandert unter anderem in die Einrichtungen des Kooperationspartners, dem Düsseldorfer Franziskanerorden. Dort lernen 200 Wohnungslose wieder einen Haushalt zu führen und Verantwortung für den eigenen Alltag zu übernehmen. Die typischen Eckpunkte in der Biografie der Bewohner: Arbeitslosigkeit und Überschuldung. „Wenn man einmal so weit abgerutscht ist, fällt es schwer sich zu überwinden, einen Antrag auf Sozialleistungen zu stellen“, weiß Bruder Matthäus. „Um sein Recht in Anspruch zu nehmen, braucht man

Selbstbewusstsein. Das hat ein Wohnungsloser aber nicht.“

Ein Aushängeschild der besonderen Art sind die *fiftyfifty*-Plakataktionen, die in Zusammenarbeit mit bekannten Werbeagenturen entstanden sind und einen Teil der Ausstellung bildeten. Das Highlight: Eine Bildkreation der vielfach ausgezeichneten Werbeagentur McCann Erickson, die Wohnungslose im Trikot der deutschen Fußball-Nationalmannschaft zeigt und zur Weltmeisterschaft erscheinen wird.

„Wir freuen uns sehr über die Einladung zum Tag der Medienkompetenz. Hier haben wir die Gelegenheit der Politik zu zeigen, welche hilfsbedürftigen Randgruppen es gibt“, erklärte Bruder Matthäus Werner.

Dauerbrenner in der Diskussion um Medienkompetenz – das zeigte die Veranstaltung (und das Thema betrifft nicht nur jüngere Menschen) – sind nach wie vor die Computerspiele. Schon im Vorfeld hatten sich Abgeordnete mit Schülerinnen und Schülern zum Gespräch darüber getroffen. „Besorgte Eltern und Lehrer sollten sich immer die Fragen stellen: Was wird gespielt? Wie viel Zeit wird damit verbracht und welchen Sinn hat das Spiel?“, konnte Dr. Stefan Berger (CDU) aus der Diskussion mit den jungen Gästen mitnehmen.

„Solange kritisch diskutiert und reflektiert wird, was Playstation und Co. auslösen können, müssen wir uns um die jungen Leute keine Sorgen machen“, urteilte Markus Töns (SPD). Voraussetzung für den selbstbestimmten Umgang mit Medien sei jedoch der Erwerb einer gewissen Urteilsfähigkeit. „Dafür und für den Austausch untereinander bietet der Tag der Medienkompetenz ein gutes Forum“, meinte der Vater von drei Kindern.

In der Arbeitsgruppe um Sigrid Beer (GRÜNE) und Horst Engel (FDP) füllten die Schülerinnen und Schüler des Norbert-Gymnasiums aus Knechtsteden den Begriff der Medienkompetenz mit Inhalt. Zusammengefasst werden darunter die Lesekompetenz sowie Beurteilung und Auswahl von Informationen, aber auch der Umgang mit Hard- und Software. Eine Lücke im Lehrplan beklagten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in puncto E-Commerce, oder auf deutsch: Wie schaut es aus mit dem Verbraucherschutz für E-Bay-Kunden? Damit Lehrer das im Unterricht thematisieren können, müssten sie allerdings erst einmal fortgebildet werden. „Wir nehmen die alltagsnahen Anregungen gerne auf“, versprach Horst Engel. Und Sigrid Beer forderte: „Aufgabe der Politik ist dafür zu sorgen, dass auch wirklich jeder in unserer Gesellschaft Zugang zu den neuen Medien hat, und zwar unabhängig von seinem Einkommen.“

YV

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 29. Mai 2006 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Ginge es nach dem Wunsch der Flughafen Essen/Mülheim GmbH, starteten neben Propellerflugzeugen bald auch kleinere Düsenjets von dort. Diesem Wunsch will sich Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) nicht prinzipiell verschließen. Das verkündete er im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD). Er begründete dies mit der im NRW-Luftverkehrskonzept 2010 formulierten Zusage, den Status quo für den Geschäftsreiseflugverkehr am Standort Essen/Mülheim zu erhalten. Im heutigen Geschäftsreiseflugverkehr würden jedoch vermehrt Düsenflugzeuge statt Propellerflugzeuge nachgefragt. Um dem Rechnung zu tragen, will die Landesregierung einem „zeitlich befristeten Feldversuch“ zustimmen, der die Geräuschentwicklung zwischen der so genannten „kleinen Düse“ und den bisher schon betriebenen Propellermaschinen vergleicht. „Unter der Voraussetzung, dass sich keine erhöhte Belastung für die Bevölkerung ergibt, wird die Landesregierung den Antrag auf dauerhaften Betrieb der ‚kleinen Düse‘ unterstützen“, so Wittke. Kritik erntete er dafür von Seiten der Grünen: Dies sei der Versuch, die Betriebsgenehmigung des Flughafens „durch die Hintertür“ zu ändern.

+++

Die Landesregierung wird die erforderlichen Mittel für den dringend notwendigen Erweiterungsbau der Kunstsammlung NRW (K 20) bereitstellen. Das zumindest verkündete Staatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (CDU) jetzt im **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) und erntete dafür die Zustimmung aller Fraktionen. Die Kunstsammlung NRW in Düsseldorf beherbergt die bedeutendste Sammlung zeitgenössischer Kunst des 20. Jahrhunderts. Der Erweiterungsbau dient dazu, dass während der Wechselausstellungen auch diese bedeutenden Kunstwerke gezeigt werden können und nicht im Archiv gelagert werden müssen.

Aus finanziellen Gründen sind immer mehr christliche Gemeinden in NRW gezwungen, Kirchengebäude aufzugeben. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, hat die Fraktion der Grünen einen Antrag mit dem Titel „Kirchengebäude erhalten statt abreißen“ (Drs. 14/1108) in den Landtag eingebracht. Bevor ein Kirchengebäude abgerissen oder dem Verfall preisgegeben werde, sollten die Möglichkeiten anderweitiger sinnvoller Nutzungen im Interesse der städ-

Untersuchungshäftlinge ausgeweitet werden. Die Landesregierung wolle damit die Situation inhaftierter junger Menschen insgesamt verbessern und verstärkt zur Rückfallvermeidung beitragen, sagte Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU). Künftig könnten dann auch junge Untersuchungshäftlinge in der JVA Heinsberg untergebracht werden, die ansonsten in Erwachsenenanstalten in Düsseldorf oder Köln gelandet wären. Das Ministerium hat das Projekt zur Aufnahme in die Bauliste des Landes NRW angemeldet. Sollte dem Wunsch des Ministeriums entsprochen werden, ist frühestens 2007 mit dem Baubeginn zu rechnen.

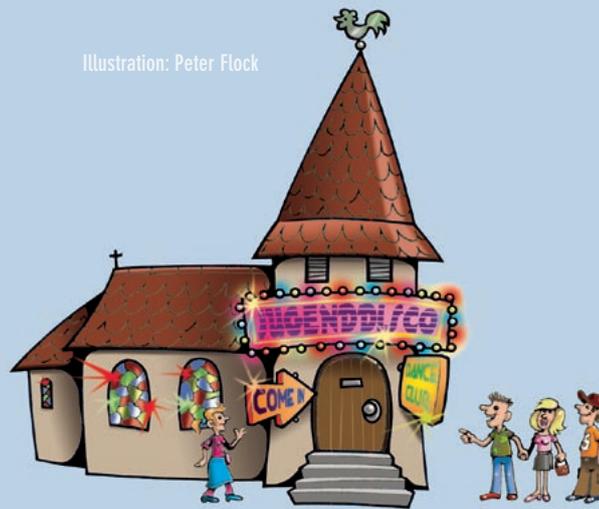
+++

Zu einer ganztägigen Anhörung zu der von der Landesregierung geplanten Schulgesetznovelle (2. Schulrechtsänderungsgesetz, Drs. 14/1572) hat der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) Experten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Schülern, Lehrern und Eltern in den Landtag eingeladen. Die Anhörung findet am 24. Mai ab 10.30 Uhr im Plenarsaal statt.

+++

War die Ankündigung der RWE AG, bereits im Jahr 2014 ein CO₂-freies Kohlekraftwerk in NRW ans Netz zu nehmen, zu optimistisch? Mit dieser Frage beschäftigte sich jetzt der **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Hans-Joachim Reck, CDU). Energieministerin Christa Thoben (CDU) berichtete dem Ausschuss, dass zwischen Realisierung eines technischen Konzepts und Errichtung sowie kommerziellem Betrieb einer technischen Anlage ein erheblicher, auch in Jahren messbarer Unterschied bestehe. Von daher gebe es keinen Widerspruch zwischen der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage eines Abgeordneten der Grünen, in der die Landesregierung frühestens ab dem Jahr 2020 mit dem kommerziellen Betrieb dieser Kraftwerke rechne, und den Aussagen von RWE. Der Bitte der Grünen, die Landesregierung möge das Parlament über erste Ergebnisse der Untersuchung des Wuppertal-Instituts zu CO₂-freien Kraftwerken unterrichten, kam die Landesregierung nicht nach. Es sei üblich, die Ergebnisse eines Gutachtens erst nach der Abnahme durch den Auftraggeber zu veröffentlichen.

Illustration: Peter Flock



tebaulichen und sozialen Entwicklung geprüft werden, heißt es in dem Antrag. Dabei komme „grundsätzlich jede würdevolle Nutzung wie etwa als Jugendtreff, Wohngebäude, Restaurant, Museum, Schulungsgebäude oder Versammlungsraum in Betracht“. Zusammen mit Sachverständigen wollen die Mitglieder des **Hauptausschusses** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) diesen Vorschlag jetzt im Rahmen einer öffentlichen Anhörung diskutieren. Sitzungsbeginn ist am 11. Mai um 10 Uhr im CDU-Fraktionssaal (E 3 A 02).

+++

Die geplante Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Heinsberg für jugendliche Straftäter beschäftigte jüngst den **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP). Derzeit sind dort 254 männliche Jugendliche im Alter zwischen 14 und 24 Jahren inhaftiert. Wegen der anhaltenden Überbelegung der Anstalt soll die Gesamtkapazität auf rund 500 Plätze erhöht werden. Geplant ist der Bau von zwei weiteren Zellenttrakten sowie einer zusätzlichen Werkhalle. Dadurch sollen die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten insbesondere auch für



Die Vision vom blauen Himmel

Vor 21 Jahren: Umweltschutz kommt in die Verfassung

„Aus tausend Schloten steigt ein dicker Rauch,
Der wälzt sich langsam durch die Lüfte her,
Dann sinkt er nieder dicht und schwarz und schwer
Und brütet dumpf auf Haus und Baum und Strauch...“

So beschreibt der Dichter Philipp Witkop das Ruhrgebiet. Das war im Jahr 1901 und damals keine Übertreibung. Noch heute, denkt man manchmal, lebt in einigen Köpfen dieses Bild als Klischee weiter.

Sechzig Jahre später sah es immer noch dramatisch aus. Über Willy Brandts Vision vom „Blauen Himmel über der Ruhr“, ausgesprochen im Bundestagswahlkampf 1961, lachten viele: Politiker und Bürger schienen das nicht so ernst zu nehmen. Die einen, die im Ruhrpott lebten und dort ihr Brot verdienten, hatten sich mit ihrem Leben in Smog und Lärm abzufinden. Den anderen war es eine billige, weil unerreichbare Verheißung. Heute lacht keiner mehr: Umweltgesetzgebung (und natürlich auch der Strukturwandel) haben an der Ruhr für blauen Himmel gesorgt. Es dauerte seit Brandts Slogan allerdings noch einige Zeit, bis der Schutz der Umwelt ein wichtiges Thema auf der politischen Agenda war.

Schon ab Mitte der 60er Jahre gingen immer mehr Bürger auf die Straße, um auf die katastrophalen Umweltbedingungen in ihren Städten aufmerksam zu machen. Den Startschuss für die Gesetzgebungen zum Umweltschutz in der Bundesrepublik lieferte 1961 das vom Landtag NRW erlassene Gesetz zur Reinhaltung der Luft – das „Gesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und

Erschütterungen“, wie es damals umständlich und noch nach einem Schlagwort tastend hieß. Weiteren Aufschwung erhielt das Thema Umweltschutz dann fast 20 Jahre später: Die Serie eines Hamburger Nachrichtenmagazins über das Waldsterben in Deutschland und der Erfolg der grünen Bewegung ab 1983 gaben einen Eindruck von der Relevanz, die der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen bundesweit gewonnen hatte.

Mit seinem Appell, „Malocher und Waldläufer“ zusammen zu führen, machte in diesem Jahr auch der NRW-Landwirtschaftsminister Hans Otto Bäumer (SPD) auf den katastrophalen Zustand der Wälder aufmerksam. Um das Waldsterben aufzuhalten, verlangte er von der Landesregierung, die Immissionsgrenzwerte für Kohlekraftwerke zu senken. Seine Forderung zum Bau von Entschwefelungsanlagen in Kohlekraftwerken konnte er damals im Kabinett nicht durchsetzen.

Einig waren sich die Landespolitiker jedoch darin, dass das Thema Umweltschutz mehr Gewicht in der Landesverfassung erhalten müsste.

Fast wäre das Vorhaben gescheitert, den Umweltschutz als Staatsziel in der Verfassung zu verankern. Einen Tag vor der Hauptausschusssitzung am 18. März 1985 sorgte Oppositionsführer Dr. Bernhard Worms (CDU) für Verwirrung: Er hatte im Fernsehen geäußert,

Der viel beschworene blaue Himmel über der Ruhr wurde nicht allein und auch nicht in erster Linie durch Stilllegung von Werken der Montanindustrie wie hier in Duisburg erreicht. Er ist zu einem guten Stück dem Beginn und der Weiterentwicklung der Gesetzgebung zum Schutz der Umwelt zu verdanken – und den Technologien, die hierzulande dafür entwickelt worden sind

Foto: Schälte

er als Vorsitzender einer Kommission des Bundespräsidiums der CDU habe das Votum herbeigeführt, ein Verfassungsziel Umweltschutz abzulehnen. Die Düsseldorfer SPD-Fraktion verstand das so, als halte die Düsseldorfer CDU-Fraktion eine Verfassungsänderung in Sachen Umweltschutz für nicht notwendig. Aufklärung ein paar Tage später, als Dr. Ottmar Pohl von der CDU richtig stellte, Worms habe sich mit seiner Äußerung auf eine mögliche Änderung des Grundgesetzes bezogen. Pohl weiter: Keine Bedenken auf Landesebene gegen eine Verfassungsänderung.

Es folgte ein Spitzengespräch zwischen den beiden damals im Landtag vertretenen Parteien SPD und CDU mit der Landesregierung. Danach konnte das Gesetz über die Änderung der Landesverfassung verabschiedet werden. Es trat am 30. März 1985 in Kraft – zwei Monate vor der Landtagswahl im darauf folgenden Mai. Es gab nur eine Gegenstimme: Der Umweltschutzgedanke hatte die Politik eingeholt.

Es war, wie bei vielen grundlegenden Entscheidungen, ein Kompromiss. Wo und wie sollte der Umweltschutz in der Verfassung untergebracht werden? Man entschied sich, zweigleisig zu fahren. Artikel 7 Absatz 2 definiert als Erziehungsziele unter anderem: „Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit“ – dann folgt eine Aufzählung weiterer Ziele, um fortzufahren „zur Verantwortung für Tiere und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“. In Artikel 29a im vierten Abschnitt – Arbeit, Wirtschaft und Umwelt – lautet Absatz 1 „Die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere stehen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände“.

Heute, 45 Jahre nach Willy Brandts Worten, ist aus der Vision Wirklichkeit geworden, oft genug auch Rechtswirklichkeit. Umweltverträglichkeitsprüfungen sind in der EU Vorschrift. Die Naturschutzverbände haben ein Klagerrecht. Neun von zehn Bürgern stufen den Umweltschutz als wichtige politische Aufgabe ein. Für die Reduzierung klimaschädlicher Gase gibt es internationale Verabredungen.

Jeden Morgen fahren in NRW hunderttausende Menschen mit Bus oder Bahn zur Arbeit – nicht weil sie kein Auto hätten, sondern weil sie einen eigenen Beitrag zum Schutz der Umwelt leisten. Sie sortieren Müll, reduzieren den Abfall, kaufen Pfand- anstatt Einwegflaschen. Sie tun etwas für sich und ihre Kinder – und, muss man hinzufügen, sie achten die Verfassung, meist ohne es zu wissen. N.E.

CDU

Neuausrichtung der EU-Strukturpolitik für NRW richtig und wichtig

Die von der schwarz-gelben Koalition zielstrebig vorangetriebene Neuausrichtung der europäischen Strukturpolitik für die Förderperiode 2007 bis 2013 liegt im Interesse von NRW und findet unsere volle Unterstützung“ betonte die europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Ilka Keller. Die Ergebnisse der Expertenanhörung im Landtag hätten gezeigt, dass die Koalition den richtigen Weg eingeschlagen habe. „Wir begrüßen sowohl die Schwerpunktsetzung auf die Themenfelder Mittelstand, Innovation, Forschung und Entwicklung als auch die Abschaffung der eng abgegrenzten Förderkulissen.“



Besonders wichtig sei es, dass das Ruhrgebiet ein Förderschwerpunkt bleibe. „Zukünftig können aber auch Projekte in ganz Nordrhein-Westfalen gefördert werden. Wir haben außerdem erstmalig die Möglichkeit, Fördermittel im Wettbewerb um die besten Ideen und Konzepte zu vergeben. Die Bemühungen der Landesregierung, auch verstärkt privates Kapital bei der nationalen Kofinanzierung der Programme nutzen zu können, weisen ebenfalls in die richtige Richtung“. Diese Neuausrichtung der europäischen Strukturpolitik eröffne neue Gestaltungs- und Handlungsspielräume. Keller: „Die Koalition wird die hieraus erwachsenden Möglichkeiten kraftvoll zur Stärkung des Wachstums- und Innovationspotential des gesamten Landes nutzen.“

SPD

„Raum für Kunst“ im Foyer der SPD-Landtagsfraktion

Eine ganz besondere Ausstellung hat die Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Claudia Nell-Paul, jetzt im Foyer ihrer Landtagsfraktion eröffnet. „Raum für Kunst“ – so der Titel der Ausstellung – geben die Sozialdemokraten noch bis zum 23. Juni 2006 dem Düsseldorfer Kunstatelier Studio 111. Dahinter stehen gleich 14 verschiedene Künstlerinnen und Künstler, die alle eines gemeinsam haben: Sie leben im Haus St. Josef der Behindertenhilfe Düsseldorf.



Behinderte und nicht behinderte Menschen haben hier seit über zehn Jahren die Möglichkeit, sich künstlerisch auszudrücken. „Die Aufgabe des Kunstateliers Studio 111 liegt allein darin, die Künstlerinnen und Künstler zu befähigen, ihren eigenen Ausdruck und Stil zu finden“, beschreiben die Organisatoren der Behindertenhilfe ihren Ansatz. Heraus kommen dabei regelmäßig farbenfrohe und intensive Werke, aber auch nachdenklich stimmende Zeichnungen und Arbeiten in Schwarz-Weiß.

„Wer nicht kann, was er will, muss wollen, was er kann“, lobte Claudia Nell-Paul bei der Eröffnung der Ausstellung den Ansatz des ersten Malateliers für Menschen mit und ohne Behinderung. Ein Besuch der Ausstellung ist nach Vereinbarung möglich (Tel. 02 11/ 884-20 35).

GRÜNE

Besuch an alter Wirkungsstätte

Der ehemalige grüne Landtagsabgeordnete Sigg Martsch (l.) machte Station an seiner alten Wirkungsstätte im Landtag NRW. Martsch, der sich in seiner Düsseldorfer Zeit als Mitglied im Petitionsausschuss erfolgreich für die Belange von Benachteiligten eingesetzt hatte, ist seit etwa zwei Jahren Direktor des German Business Center in der Hauptstadt Kurdistan, Erbil. In dieser Funktion berät und unterstützt er die kurdische Regierung im Nordirak unter Ministerpräsident Barsani beim Aufbau des Landes. Infrastrukturprojekte wie Wasserversorgung, Bau und Sanierung von Krankenhäusern und Schulen stehen dabei derzeit im Vordergrund. Auch die Universität mit knapp 20.000 Studierenden (ca. 48 Prozent Frauen) soll neu gestaltet werden.



Zusammen mit dem Präsidenten der University of Salahaddin in Erbil Dr. Mohammad Sadik (2.v.l.) sprach Martsch mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer Johannes Remmel MdL (r.) über die politische und wirtschaftliche Situation in Kurdistan im Nord-Irak.

Dr. Sadik, Sigg Martsch und Tim Brüggemann vom Deutschen Kulturinstitut in Erbil nutzen ihren Aufenthalt in Nordrhein-Westfalen, um Kontakte zu deutschen Universitäten und Wirtschaftsunternehmen zu knüpfen - um den wissenschaftlichen Austausch zu forcieren und um Investitionen von deutschen Firmen in Kurdistan anzuregen.

FDP

Hans-Dietrich Genscher zu Besuch in der FDP-Fraktion

Die FDP-Landtagsfraktion in Düsseldorf begrüßte Ende April den FDP-Ehrenvorsitzenden und früheren Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher als Gast im Düsseldorfer Landtag. Während der Fraktionssitzung hätten die Abgeordneten mit Genscher intensiv über innen- sowie außenpolitische Themen debattiert, erklärte FDP-Fraktionschef Gerhard Papke im Anschluss an die Sitzung. Hans-Dietrich Genscher hob in einem Presse-Statement hervor, dass die FDP dort, wo sie Partner in Landeskoalitionen sei, „verlässliche Arbeit“ leisten müsse. Der FDP-Ehrenvorsitzende sieht darin eine erhebliche Verbesserung der Chancen für die Bundespartei, wieder in Regierungsverantwortung zu kommen. Genscher lobte seine Partei und insbesondere die FDP-Landtagsfraktion dafür, dass sie das Thema Umweltschutz wieder stärker in den Vordergrund stelle. Die FDP-Landtagsfraktion hatte bereits im März „Liberale Umweltpolitik für NRW“ vorgestellt. Genscher freute sich zudem darüber, dass der nordrhein-westfälische Landesverband bei seinem Parteitag in Wuppertal ebenso wie die FDP auf ihrem Bundesparteitag in Rostock über Leittritte zur Umweltpolitik diskutieren werde.



Der frühere Bundesinnenminister wies darauf hin, dass er 1969 in der sozial-liberalen Koalition im Bund das erste Umweltprogramm eines EG-Staates vorgelegt habe. Gerade deswegen erfülle es ihn mit Zufriedenheit, dass die FDP nun wieder offensiv die Initiative auf diesem Feld ergreife.

Porträt der Woche: Dr. Wilhelm Droste (CDU)

Für den wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im NRW-Landtag ist es ganz offensichtlich: „Im Land ist deutlich eine Aufbruchsstimmung zu spüren. Wir sind gut beraten, diese täglich zu mehren, indem wir das tun, was wir im Wahlkampf versprochen haben“. Nach Auffassung des Unionspolitikers müssen dazu beispielsweise die Weichen in der Energiepolitik, der Mittelstandspolitik und bei der Entbürokratisierung richtig gestellt werden. „Da, wo es der Markt zulässt, muss sich der Staat zurücknehmen. Wir müssen zurück zur Ordnungspolitik. Nur wer diese Rollenverteilung verinnerlicht, kann effiziente Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik betreiben“, argumentiert der 46-jährige Politiker.

Obwohl die neue schwarz-gelbe Landesregierung seit ihrem Amtsantritt nicht nur frohe Botschaften überbracht habe, sei es ihr überraschend schnell und gut gelungen, die Grundstimmung zu bessern. Er ist überzeugt, wirtschaftspolitisch mit seinen Parteifreunden auf dem rechten Weg zu sein. „Wenn die Menschen wieder sagen: Das Glas ist nicht halbleer, sondern halbvoll, dann sind sie auch bereit, die Ärmel aufzukrempeln und zu arbeiten. Soweit sind wir wohl“, meint Droste zuversichtlich.

Mit sichtlichem Vergnügen hat der CDU-Politiker, der seinen Wahlkreis Mettmann III im vergangenen Jahr direkt mit 48 Prozent bei einem Stimmenzuwachs von 10,5 Prozent holte, in der jetzigen Legislaturperiode die Rolle des wirtschaftspolitischen Sprechers der Fraktion übernommen. Seither ist vor allem die Energiepolitik sein Steckenpferd. „Wir wissen sehr genau um die Abhängigkeiten zwischen Energie- und Pro-

duktionskosten. Unser Ziel muss es sein, Energie langfristig zu bezahlbaren Preisen zu sichern. NRW muss das Energieland Nummer eins bleiben, weil wir ein Produktionsland mit enormem Energiebedarf sind“, resümiert Droste.

Das politische Engagement liegt Droste wohl im Blut. Schon sein Vater, Konditor und wertkonservativer CDU-Mann, gehörte 15 Jahre lang dem Düsseldorfer Landtag an. Bei Sohn Wilhelm entwickelte sich die politische Neigung etwas langsamer. Er interessierte sich zwar ebenfalls für Politik, trat auch mit 18 Jahren in die Junge Union ein, widmete sich aber hauptsächlich seinem Jurastudium in Bonn und Los Angeles. Nach dem zweiten Staatsexamen arbeitete er zunächst bei einer Bank, wo er nach der Wende 1990 beim Aufbau der Rechtsabteilung einer Filiale in Halle an der Saale mithalf, ehe er nach Düsseldorf zurückkehrte und in eine Anwaltskanzlei eintrat. Seit 1998 ist Droste Notar in Düsseldorf.

Nach seiner Rückkehr aus den USA hatten ihn politische Freunde gedrängt, aktiv in der CDU mitzuarbeiten. „Ich würde mich als Seiteneinsteiger bezeichnen“, meint Droste heute. Zwar habe ihm der Vorsitz an seinem Wohnort im kleinen übersichtlichen CDU-Ortsverband Hösel viel Freude bereitet, an eine politische Karriere habe er aber nicht gedacht. Auch als ihn Parteifreunde drängten, 1995 für den Landtag zu kandidieren, habe für ihn noch immer der Beruf im Vordergrund gestanden. Nachdem er dann über die Liste in das Düsseldorfer Parlament eingezogen sei, habe ihn der Ehrgeiz gepackt. „Es war mir schon wichtig, alles richtig zu machen, und ich habe mit vollem Engagement meine Par-

lamentsarbeit erledigt“, betont der CDU-Mann. Berufsbezogen habe er in seiner ersten Legislaturperiode vor allem im Rechts- und Innenausschuss, aber auch im Kommunalausschuss sowie im Untersuchungsausschuss über die WestLB mitgearbeitet.

Besonders wichtig ist Droste seine Wahlkreisarbeit. „Ich habe Sprechstunden nach Vereinbarung. Im Wahlkreisbüro vor Ort bin ich jederzeit zu erreichen“, auch abends könne man ihn noch zu Hause anrufen. „Als Abgeordneter habe ich die Aufgabe, einerseits die Bürger im Wahlkreis über die Landespolitik zu informieren. Andererseits bin ich bestrebt, die Anliegen der Menschen im Wahlkreis im Landtag zu vertreten“, ist Droste überzeugt.

„Wenn ich Beruf und Politik vernünftig zusammenschließen will, bleibt nicht viel Freizeit“, räumt der Unionspolitiker ein. Als passionierter Läufer joggt er fast täglich und hält sich damit ganz gut fit. Außerdem fährt er Rad. Mit dem Drahtesel braucht Wilhelm Droste bei „mittlerer Trittfrequenz“ wie er es nennt, nur sechs Minuten zum Landtag.

Autorin:
Gerlind Schaidt



Auf Knopfdruck abrufbar

Prioritäten setzen, Zielkonflikte vermeiden, Verwaltungshandeln nachvollziehbar machen und mit knappen Ressourcen gezielt umgehen – das alles soll mit dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement erreicht werden. Einen großen Schritt in diese Richtung ist jetzt mit dem „Steuerungssystem für den Kreis Soest“ (SKS) getan worden. Entwickelt hat es der Soester Kämmerer Dr. Roland Böhmer (3.v.l.) in Kooperation mit Hans-Wilhelm Krefeld, Projektleiter der Komsult (M.). Mit dieser Innovation nimmt der Kreis Soest zusammen mit 60 anderen Kommunen und Gebietskörperschaften des Landes am Ideenwettbewerb der NRW.BANK teil, der unter der Schirmherrschaft des nordrhein-westfälischen Innenministers Dr. Ingo Wolf steht. Ziel ist dabei, gute Ideen und Verbesserungen der Verwaltungen zu erarbeiten und sichtbar

zu machen. Die Sieger des Wettbewerbs werden am 5. Juli gekürt. Schon jetzt drücken die Abgeordneten aus dem Gebiet dem Kreis und seinem Kämmerer die Daumen: Werner Lohn (CDU, l.), Marlies Stotz (SPD, 2.v.l.), Christof Rasche (FDP, 3.v.r.) und Siegrid Beer (GRÜNE, 2.v.r.). Rechts im Bild Dr. Klaus Bielstein von der NRW.BANK.



Foto: Schälte

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinker, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545 und 884-2309, Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz:
de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 5. Mai bis 1. Juni 2006

5.5.	Bodo Löttgen (CDU)	47
7.5.	Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)	58
9.5.	Marie-Theres Kastner (CDU)	56
9.5.	Michael Solf (CDU)	60
12.5.	Friedhelm Ortgies (CDU)	56
15.5.	Regina van Dinther (CDU)	48
16.5.	Dr. Gerhard Papke (FDP)	45
21.5.	Dr. Karsten Rudolph (SPD)	44
21.5.	Helga Schwarz-Schumann (SPD)	51
22.5.	Horst Becker (GRÜNE)	50
23.5.	Wolfgang Große Brömer (SPD)	54
23.5.	Inge Howe (SPD)	54
23.5.	Elke Rühl (CDU)	58
24.5.	Oskar Burkert (CDU)	55
24.5.	Theo Kruse (CDU)	58
24.5.	Lutz Lienenkämper (CDU)	37
25.5.	Johannes Rimmel (GRÜNE)	44
26.5.	Andreas Becker (SPD)	40
27.5.	Maria Westerhorstmann (CDU)	54
28.5.	Rainer Bischoff (SPD)	48
1.6.	Hans-Willi Körfges (SPD)	52

Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, ist Ende April nach schwerer Krankheit in seiner Heimat Düsseldorf verstorben. Er wurde 68 Jahre alt. Das Amt des Zentralratspräsidenten hatte Spiegel nach dem Tod von **Ignatz Bubis** im Jahre 1999 übernommen. Spitzen von Staat und Kirchen zeigten sich tief betroffen über seinen Tod und würdigten Spiegels Lebensleistung. „Er war ein Aufklärer, Versöhner, Brückenbauer“, erklärte Landtagspräsidentin **Regina van Dinther**. „Wir werden den NRW-Staatspreisträger in bester Erinnerung behalten. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen vielen Freunden.“ Spiegel hinterlässt eine Frau und zwei erwachsene Töchter.

Dr. Rolf Hahn, CDU-Landtagsabgeordneter von 1990 bis 2005, ist im Alter von 68 Jahren gestorben. Der in Köln geborene Politiker war für seine Partei dreimal direkt in den Landtag gewählt worden. Als studierter Jurist und von Beruf Staatsanwalt arbeitete Hahn im Rechtsausschuss des Landtags und war Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, der die Flüge von Landespolitikern mit Charterflugzeugen der WestLB aufklären sollte.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 18. Mai 2006 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Die Folgen lindern ...

... das versuchen von hieraus viele Menschen. Sie engagieren sich, um der betroffenen Bevölkerung in der Gegend von Tschernobyl über die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe hinwegzuhelfen. Über 100 Initiativen kümmern sich im Land um solche Hilfe und Unterstützung. Ihnen wurde jetzt im Parlament Dank und Anerkennung für ihre Arbeit zuteil. Gelegenheit dazu bot die Eröffnung der Ausstellung „Tschernobyl und die Folgen“ im Landtag durch Vizepräsident Edgar Moron (M.), der stellvertretend für die vielen Mitglieder der Tschernobyl-Hilfen Eva Balke (L.) vom Sprecherrat begrüßte. Den musikalischen Part steuerte das Mädchen-Ensemble Mosyr bei. Zwei junge Sängerinnen halten auf dem Foto ein Bild aus der Ausstellung, das den explodierten Reaktorblock 4 des Kernkraftwerks zeigt.

Foto: Schälte